Kommunistische Korrespondenz



herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Nr. 10 | September 1975 | 0,70 DM

Portugal:

Kein weiteres Chile mehr! Arbeiter an die Macht!

Die portugiesische Rechte und ihre internationalen Hintermänner bereiten sich auf einen Entscheidungskampf vor, um der weiteren Entwicklung der vorrevolutionären Situation mit einem entscheidenden Schlag ein Ende zu bereiten. (Zur portugiesischen Entwicklung seit dem Sturz des Caetano-Regimes siehe: *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 9, Juni 1975.)

Die Versuche, in letzter Minute einen günstigen Platz für den Kampf um die Macht zu erringen, entspringen der zunehmenden Spaltung der herrschenden Bewegung der Streitkräfte (MFA), in der sich drei Gruppierungen herauskristallisiert haben: ein rechter Flügel um den Major Melo Antunes, ein linker Flügel um Goncalves und ein vermeintlich „linksextremer" um General Otelo Saraiva de Carvalho. Nach einer Serie von Demonstrationen, die Ende Juli von der Sozialistischen Partei organisiert wurden (die die Amtsenthebung von Goncalves forderte, weil er der Kommunistischen Partei zu nahe steht), publizierten Melo Antunes und acht andere Spitzenoffiziere des Hohen Revolutionsrates (der obersten Körperschaft des MFA) ein Dokument, das den Premier anklagte und einen „Sozialismus ohne Diktatur" forderte.

Während die neun vom Revolutionsrat wegen Disziplinlosigkeit suspendiert wurden, ist das Dokument seither nach Berichten von der überwältigenden Mehrheit des Offizierskorps unterzeichnet worden. Darüber hinaus haben zwei der Hauptunterzeichner, die Kommandeure der zentralen und der südlichen Militärregion, die Kontrolle über ihre Kommandos behalten. Zusätzlich hat General Carvalho, wenn er auch ein anderes Dokument publizierte, in dem „Volksmacht" durch „Volksversammlungen" gefordert wurde, mit der „gemäßigten" Gruppierung von Antunes paktiert, um Goncalves ausschalten zu können. Nachdem diese Front zustande gekommen war, hatte Costa Gomes (der sich den Spitznamen „Der Korken" verdient hat, weil er immer oben schwimmt) den Premier zum Rücktritt aufgefordert.

Die rapide Verkettung des Geschehens in Portugal und die Tatsache, daß alle Seiten betonen, für den Sozialismus zu sein, hat unter der Linken mächtige Verwirrung gestiftet. Zusätzlich sind die meisten vorgeblich sozialistischen Organisationen politisch entweder auf den Goncalves/KP-Block oder den Links-rechts-Block ausgerichtet, der sich von Carvalho und den Maoisten über die SP und Antunes bis zur CIA, dem Vatikan und den einheimischen Faschisten erstreckt — und sie entstellen folglich die Ereignisse, um ihre opportunistische Nachtrabpolitik zu rechtfertigen.

Das Antunes-Dokument spricht vom „Aufbau der sozialistischen Gesellschaft" mit einem „politischen Pluralismus" und lehnt Vorschläge ab, die zu einer „bürokratischen Diktatur" führen würden. Aber das ist nur die äußerliche Dekoration für die Leichtgläubigen. Die wirkliche Absicht der rechten Offiziere liegt anderswo — in der Erhaltung der Disziplin in den Streitkräften: „Es ist notwendig, energisch die Anarchie



Melo Antunes, rechter MFA-Führer.

und den Populismus zurückzuweisen, die unvermeidlich zur katastrophalen Auflösung des Staates führen…"

Im weiteren bezieht sich das Dokument auf „das turbulente Meer von eigenmächtigen Entscheidungen der Fünften Division, der Versammlung des MFA, von militärischen ad-hoc-Versammlungen, die unerwartet einberufen werden,...des COPCON, der Verbände usw." Es ist klar, daß mehr als eine bloße Auswechslung des Premiers vorgeschlagen wird. Die rechten Offiziere können ihre Ziele nur durch eine weitreichende Reinigung des Militärs erreichen, indem sie die Soldatenkomitees abschaffen, die „beratenden" Versammlungen der Einheiten in den Streitkräften eliminieren, die im Entstehen begriffenen Arbeiterräte zerschlagen, die zahlreichen linken Gruppen verbieten und die Gewerkschaften (zumindest) völlig reglementieren. Das muß von jedem klassenbewußten Arbeiter bekämpft werden.

Es gibt auch falsche Vorstellungen über den Charakter der antikommunistischen Mobilisierungen, die von der SP Ende Juli initiiert wurden. Zum Beispiel versucht die Socialist Workers Party (amerikanische VS-Sektion), ein Bild einer gesunden linken Ablehnung des Bürokratismus der KP durch revolutionär gesinnte Arbeiter zu malen, mit kleineren Begleiterscheinungen am Rande, bei denen Reaktionäre beteiligt waren. Die Tatsache, daß im nördlichen Portugal bis Mitte August mehr *als fünfzig* Büros der KP und anderer linker Gruppen verwüstet und in Brand gesteckt wurden, wird von diesen Pseudotrotzkisten nicht einmal erwähnt.

Eine Ahnung, was wirklich vor sich geht, bekommt man klar durch Berichte z.B. über die Versammlung vom 10. August in Braga, wo Monsignore Francisco Maria da Silva sprach. Da Silva ist bekannt als ein Unterstützer des früheren korporativen Caetano-Regimes; seine Rede blieb unvollständig, doch seine Anhänger ergänzten sie in ihren Rufen: „Ordnung ja, Anarchie nein", „Radio Renacenca gehört uns", „Es lebe das Portugal von Fatima" (Fatima ist ein portugiesischer Wallfahrtsort), „Es lebe das Portugal der Heiligen Maria", und sie skandierten „Christus, unser Herr" *(Le Monde,* 12. August). Nach der Versammlung griffen mehrere hundert Teilnehmer das KP-Büro an und schrien: „Tod den Kommunisten".

Ein anderer Mythos, der verbreitet wird, besagt, daß die „sektiererische" KP die Regierung dominieren! will und Bündnisse mit den Sozialisten ablehne. Die SWP geht sogar so weit, daß sie Vergleiche zur ultralinken „Dritten Periode" Stalins zieht, und damit vermessen impliziert, daß die portugiesische KP in wunderbarer Weise „bürokratisch zentristisch" geworden ist. Aber die Realität ist vielmehr, daß die KP in der gegenwärtigen Situation verängstigt ist und wiederholt angeboten hat, sich mit jedem mit Ausnahme offen faschistischer Kräfte zu vereinen. Das wirkliche Verbrechen der Stalinisten ist ihr klassenkollaborationistischer Reformismus, ihr Versuch, das Proletariat an die „progressive" Bourgeoisie zu ketten. Die Regierungskrise ist in Portugal von dem harten Rechtskurs der SP und der ihr nahestehenden Offiziere verursacht worden, um die KP aus der Regierung zu werfen und alle Elemente, die die „soziale Harmonie" bedrohen, entscheidend zu zerschlagen.

Die verräterische Rolle von General Carvalho und zahlreicher maoistischer Gruppen in diesem Geschehen muß klar verstanden werden. Carvalho gibt sich als der große Bewunderer der kubanischen Revolution, als der persönliche Freund

Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS, Sektion der internationalen Spartacist Tendenz

Verantwortlicher Redakteur: W. Hohmann, 1 Berlin 15

Anschrift: 1 Berlin 120, Postlagerkarte A 051 429



Mal „links", mal rechts: Bonapartist Carvalho.

Fidel Castros usw., tatsächlich ist er aber das gefährlichste Element aller MFA-Führer. Für einen Moment gibt er sich damit zufrieden, daß die von der SP beeinflußten Offiziere seinen Hauptfeind, Goncalves, ausschalten in der Absicht, sich ganz von der KP frei zu machen. Aber sobald Antunes und Fabio diskreditiert sein werden, könnte Carvalho als Führer eines rechten Staatsstreichs einspringen und seinen Traum, die Rolle eines Napoleon Bonaparte zu spielen, erfüllen. Die Maoisten trotten ihm blindlings hinterher und stehen in einer Front mit Priestern und Faschisten gegen die KP — unter der Devise, gegen den „sowjetischen Sozialimperialismus" zu kämpfen; damit bereiten sie nicht nur ihre eigene Zerschlagung, sondern auch die Vernichtung der Blüte des portugiesischen Proletariats vor.

Obgleich nicht jede Volksfront in einem blutigen Massaker vergleichbar dem Chiles endet, so sind doch die Ereignisse in Portugal zu weit fortgeschritten, um noch friedlich gelöst werden zu können. Mit der Einrichtung der Mannschaftsversammlungen, die sich offenbar über die ganzen Streitkräfte ausdehnen, mit der Ausbreitung der Arbeiterkommissionen und mit der Tatsache, daß nach Berichten einige linke Armeeeinheiten diesen Kommissionen eine militärische Ausbildung geben, kann nichts weniger als eine militärische Niederschlagung durch die Spitzenoffiziere „Gesetz und Ordnung" des Kapitalismus erzwingen.

Wenn Portugal kein neues Chile (oder kein neues Spanien oder kein neues Indonesien) werden soll, darf in den MFA oder irgend einen Sektor des bürgerlichen Offizierskorps kein Vertrauen, die arbeitenden Massen zu verteidigen, gesetzt werden. Es ist notwendig, demokratisch gewählte Arbeiterräte zu organisieren, die jederzeit abberufbar sind, in der Absicht, die gesamte Arbeiterklasse zur Verteidigung ihrer Organisationen zu mobilisieren. Ebenso notwendig ist die Bewaffnung des Proletariats und die Bildung von Arbeitermilizen sowie die Spaltung der Armee durch Bildung von Soldatenkomitees, die in Opposition zur Kommandostruktur des bürgerlichen Militärs stehen.

Für solch einen proletarischen Widerstand ist eine Kommandozentrale nötig, und sie muß gebildet werden durch die Vereinigung der Arbeiterräte, der Soldatenräte und der Selbstverteidigungsgruppen in einem nationalen Sowjet, der die Grundlage für eine Arbeiterregierung bilden wird. Und im kontinuierlichen Kampf für die Schaffung von Räteorganen der Arbeitermacht, die allein das Proletariat befähigen, die konterrevolutionäre Offensive entscheidend zu zerschlagen, ist es wesentlich, daß die marxistische Avantgarde die Gelegenheiten für einen vorübergehenden militärischen Block mit der KP und jenen Offizieren ergreift, die bereit sind, einen reaktionären Putsch zu bekämpfen.

Während 18 Monate hat die portugiesische Arbeiterklasse wiederholten Verrat der KP- und SP-Führer, die unglaubliche Konfusion der Maoisten und zentristischen Organisationen, die jenen nachlaufen, die morgen ihre Schlächter sein können, und nun mehr als einen Monat lang eine reaktionäre Mobilisierung erduldet. Aber die scharfe Niederlage der Arbeiterklasse, die ihre Kämpfer bis zum Verlust der Widerstandskraft gegen einen reaktionären Angriff demoralisieren würde, gibt es bisher noch nicht. Die „gemäßigten" Offiziere wissen das sehr gut, und es gibt keinen Zweifel, daß das wichtige Hindernis, das sie vom sofortigen Angriff abhält, das Schreckgespenst des Bürgerkrieges ist. Die revolutionäre Führung kann sich nur aus jenen heraus entwickeln, die jeden möglichen Moment nutzen, um die trotzkistische Partei in dem Kampf für den Wiederaufbau der Vierten Internationale zu organisieren, die ein unerläßliches Werkzeug ist, den notwendigen proletarischen Widerstand zu organisieren und ihn weiter zu führen vorwärts zur Sowjetrepublik.

nach: Workers Vanguard *Nr. 75, 29. August 1975*

Trotzkistische Gruppen in Italien und Frankreich gegründet

Kommunique zum europäischen SPARTACIST-Sommerlager

Die politische und organisatorische Konsolidierung der internationalen Spartacist Tendenz (iST) fand ihren Höhepunkt im kürzlich stattgefundenen europäischen Sommerlager der iST. Mehr als fünfzig Genossen aus sieben Ländern hatten sich zusammengefunden, um die Aufgaben und Perspektiven der iST zu diskutieren, vor allem ihrer europäischen Sektionen, die ein Resultat der Fortschritte unserer Tendenz seit dem Sommerlager des letzten Jahres sind. Angefangen mit den Unterstützern für die „Erklärung für die Organisierung einer internationalen trotzkistischen Tendenz" im Juli 1974 hat die iST jetzt einen qualitativen Sprung in Europa gemacht hin zu funktionierenden Sektionen und sympathisierenden Gruppen in Österreich, Deutschland, Frankreich und erst kürzlich in Italien.

Die „Erklärung" aus dem Jahre 1974 war notwendigerweise mit dem historischen Hintergrund in den USA geschrieben worden. Die Spartacist Tendenz kämpft, damit sich ihr wirklich internationalistisches Engagement in eine wahrhaft internationale Organisation verwandelt. Das kürzlich stattgefundene Sommerlager hat gezeigt, daß die nationalen Sektionen der iST, durch Umgruppierungen auf prinzipieller Basis mit Kadern gestärkt, die mit den im Niedergang begriffenen zentristischen Konglomeraten von Pseudotrotzkisten gebrochen haben, eine autoritative nationale Führung als Teil eines disziplinierten internationalen Führungskollektivs herausbilden. Genossen, die in einer Reihe von Ländern gewonnen werden konnten, haben sich zu Führern der iST entwickelt und sind eine lebendige Hoffnung für das internationale Exekutivkomitee der zukünftigen trotzkistischen Internationale.

Der Durchbruch und die Konsolidierung, die die Trotzkistische Liga Deutschlands erreicht hat, sind mit ihrer Anerkennung als volle Sektion der iST kodifiziert worden. Die TLD war durch aktives Intervenieren gegen den linkspabloistischen Spartacusbund in der Lage, Unterstützer der Trotzkistischen Fraktion (vom Spartacusbund im Februar 1975 ausgeschlossen) für ihre politischen Positionen zu gewinnen. Diese Umgruppierung trug dazu bei, einen weiteren Keil in den in Auflösung begriffenen Spartacusbund hineinzutreiben, dies um so mehr, als die von der Führung des Spartacusbundes entfachte Verleumdungskampagne gegen die iST ernsthafte Genossen des Spartacusbundes nicht daran hindern konnte, sich mit der Politik der TLD zu befassen.

Dieser Kräftezuwachs der TLD ermöglichte ihre geographische Expansion durch die Errichtung eines Organisationskomitees in Köln im April dieses Jahres. Die TLD hat nun seit einiger Zeit ihre Publikation, die *Kommunistische Korrespondenz,* als regelmäßig zweimonatlich erscheinende Zeitung stabilisiert.

Der allgemeine Rechtsdrall des Vereinigten Sekretariats (VS) in den letzten paar Jahren kam besonders in der Kapitulation vor den Volksfronten in Frankreich und Chile und vor den „revolutionären" portugiesischen Offizieren und in den Annäherungsversuchen der VS-Mehrheit gegenüber der französischen PSU und Lotta Continua in Italien zum Ausdruck. Dies wird zweifellos die fraktionellen Auseinandersetzungen zwischen der noch zentristischen internationalen Mehrheit und der offen reformistischen Minderheit, geführt von der amerikanischen SWP, verschärfen. In Deutschland wird die „Kompaß"-Tendenz der GIM innerhalb des VS im verstärkten Maße durch ihre Erfolglosigkeit demoralisiert werden, eine Mehrheit in der GIM zu erobern, und durch die Auflösung ihrer internationalen Verbindungen (Frankreich, Italien), und sollte einen fruchtbaren Boden für die Taktik der revolutionären Umgruppierung durch Polarisierung, Spaltungen und Fusionen darstellen.

Zusätzlich hat die kürzlich von China vollzogene offene Unterstützung für eine Stärkung der NATO Unruhe in den deutschen maoistischen Gruppierungen geschaffen. Wir können die Möglichkeit linker Spaltungen in einigen dieser Gruppen über Fragen der Unterstützung für eine Stärkung der NATO (in Deutschland!) und über Chinas Eintreten für eine „demokratische Etappe" in Portugal ins Auge fassen. Solche Entwicklungen würden die Möglichkeit für die Umgruppierung von subjektiv revolutionären Elementen, die mit dem Maoismus brechen und für das authentisch trotzkistische Programm gewonnen werden, eröffnen.

Trotzkistische Liga Frankreichs gegründet

In Frankreich haben die iST-Unterstützer mit der Bolschewistisch-Leninistischen Fraktion (B-LF) fusioniert, die aus der Ligue Communiste Revolutionnaire (LCR) ausgeschlossen wurde, der Paradesektion der Mehrheitsfraktion des VS. Die B-LF wurde aus der LCR wegen ihrer Position ausgeschlossen, wonach die Vierte Internationale, die Weltpartei der sozialistischen Revolution, die unter der Führung von Leo Trotzki im Jahre 1938 gegründet wurde, nicht mehr existiert und folglich im Kampf gegen den pabloistischen Revisionismus neu geschmiedet werden muß. Das Auftreten der B-LF war das Ergebnis eines längeren Kampfes um programmatische Klarheit innerhalb oppositioneller Gruppen der LCR während der letzten Jahre. Genosse Lafitte, der führende Genosse der B-LF, ist nach dem Genossen Lesueur das zweite Mitglied des Zentralkomitees der französischen VS-Sektion, das sich der Spartacist Tendenz anschließt.

Die Fusion der B-LF mit der iST legte für unsere Tendenz die Grundlage für einen bedeutenden Schritt nach vorn, nämlich die Gründung der Trotzkistischen Liga Frankreichs (TLF). Die Gründung wurde auf dem Sommerlager vollzogen, und die TLF wurde als disziplinierte sympathisierende Sektion der iST anerkannt.

Die Gründung der TLF findet zu einer Zeit statt, wo die anderen Organisationen, die in Frankreich vorgeben, trotzkistisch zu sein, sich schnell nach rechts bewegen. Wie die Gründungsproklamation der TLF feststellt:

> „Die Hauptbeschuldigung, die die TLF gegen die Pseudotrotzkisten erhebt, ist ihre Unfähigkeit, die Klassenlinie gegen die Volksfront der Union de la Gauche zu ziehen, sowohl in ihrer allgemeinen Intervention als auch in ihrer Gewerkschaftsarbeit.
> Die strategische Achse, um die herum Trotzkisten intervenieren müssen, ist die Klassenunabhängigkeit, die jedoch

verschwindet, wenn die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften in die Volksfront eintreten. Die zentrale Achse jeder Gewerkschaftsarbeit, die von konsequenten Revolutionären gemacht wird, muß sich auf die Frage der Volksfront und die Notwendigkeit für die Gewerkschaften, mit der Volksfront zu brechen, konzentrieren."

In Italien ist eine kleine Gruppe von Genossen in Opposition zur Methode der Bildung von verrotteten Blöcken, welche die „Dritte Tendenz" der italienischen VS-Sektion, die Frazione Marxista Rivoluzionaria (FMR - Revolutionär-Marxistische Tendenz), charakterisierte. Diese oppositionellen Genossen hatten vorher mit der klassischen bordigistischen Organisation in Italien gebrochen und sich dem VS zugewandt, das für sie den Trotzkismus in Italien zu repräsentieren schien. Sie anerkannten die Bedeutung und den Vorrang des Programms, was sie in die Lage versetzte, schnell und eindeutig mit dem VS zu brechen und die Positionen der Spartacist Tendenz zu assimilieren.

Mit der Spartacist Tendenz kamen diese Genossen erst in Kontakt nach dem Ausschluß der FMR aus den Gruppe Communisti Rivoluzionari (GCR — Revolutionär-Kommunistische Gruppen), der italienischen Sektion des VS, geführt von Livio Maitan. Die oppositionellen Genossen erkannten, daß die FMR-Führung nur einen weiteren verrotteten internationalen Block bilden wollte, jedoch keine Formation auf prinzipieller Grundlage. In ihrem Antrag auf Mitgliedschaft in der iST weisen sie daraufhin, daß — obwohl die Charakterisierung der europäischen sozialdemokratischen Parteien als bürgerliche Parteien durch die internationale „Dritte Tendenz" ein Grundstein dieser Tendenz darstellt — der Führer ihrer italienischen Gruppe, der FMR, „erst kürzlich festgestellt hat, daß er bisher noch nicht die Kompaß-Analyse bezüglich der Natur der sozialdemokratischen Parteien gelesen hätte". Die Genossen sahen auch, daß die FMR im Gegensatz zur Spartacist Tendenz keine konsequente Analyse der Geschichte der Vierten Internationale und ihrer revisionistischen Degeneration vorgelegt hat, während das Spartacist-Dokument „Ursprünge des Pabloismus" eine kohärente Erklärung und eine politische Alternative zum FMR-Dokument „Die historischen Ursprünge des Zentrismus sui generis" liefert.

Von da an hat sich in intensiven Diskussionen zwischen diesen italienischen Genossen und der iST recht schnell eine entscheidende programmatische Übereinstimmung herauskristallisiert. Die iST nahm auf dem Sommerlager den Antrag des Nucleo Spartacista dTtalia (NSI) — Spartacist-Kern Italiens) auf Mitgliedschaft als sympathisierende Sektion der iST an.

Die Österreichischen Bolschewiki-Leninisten (ÖBL) hielten auf dem Sommerlager ebenfalls ihre nationale Konferenz ab. Die Konferenz zog Bilanz bezüglich der Entwicklung der Organisation im vergangenen Jahr und legte die Aufgaben für die weitere organisatorische und politische Konsolidierung fest. Besondere Aufmerksamkeit wurde den erweiterten Möglichkeiten für eine Koordinierung der Arbeit der ÖBL als Folge der verstärkten Kräfte der TLD in Deutschland geschenkt.

Zusätzlich zu den nationalen Konferenzen konzentrierte sich das Lager auf zwei zentrale Punkte. Der erste Punkt betraf die die programmatischen Diskussionen, die notwendig waren, um die politische Arbeit der iST als ganze durch die Entwicklung ihrer nationalen Sektionen zu fördern. Die kommenden Wahlen in Österreich waren ein guter Anknüpfungspunkt für eine lebhafte Diskussion über die Bedingungen, unter welchen eine kritische Unterstützung reformistischer Arbeiterparteien (in diesem Fall der Sozialistischen Partei Österreichs) nicht angemessen erscheint, selbst wenn sich eine Volksfront formell nicht konstituiert hat. Ähnlich illustrierte die Diskussion über taktische Probleme, die bei der Arbeit in den von den Stalinisten beherrschten Gewerkschaften in Frankreich auftauchen könnten (in Frankreich gibt es kein Industriegewerkschaftssystem wie in Deutschland oder in den USA), die Entwicklung des revolutionären marxistischen Programms durch einen verstärkten Prozeß der Erprobung, wenn die nationalen Sektionen tiefer in die Klassenkämpfe einbezogen werden.

Die zweitwichtigste Angelegenheit auf dem Sommerlager war der Kampf zur Konsolidierung nationaler Führungen als Teil der Auswahl eines repräsentativen und autoritativen internationalen Kollektivs als höchstes Organ unserer Organisation. Die Aneignung der wertvollen politischen Erfahrung durch die führenden Genossen der iST ist das wesentlichste bei der fortschreitenden Umbildung der iST in eine disziplinierte, politisch fest zusammenhaltende internationale Organisation, die entsprechend den Normen des internationalen demokratischen Zentralismus funktioniert. Durch die baldige Formierung der Internationalen Trotzkistischen Liga wird diese Umbildung einen qualitativen Schritt vorwärts auf dem Weg zum Wiederaufbau der Vierten Internationale darstellen.

Vorwärts zur Internationalen Trotzkistischen Liga!

Für den Wiederaufbau der Vierten Internationale!

Interimssekretariat der iST
23. Juli 1975



Revolutionäre Umgruppierung und kämpfende Propagandagruppe

Erläuterungen zur gegenwärtigen Etappe des Parteiaufbaus

Vor nicht allzu langer Zeit hat der Spartacusbund Genossen aus seiner Organisation ausgeschlossen, die den Charakter der revolutionären Tätigkeit einer bolschewistischen Organisation in der gegenwärtigen Entwicklungssituation als im wesentlichen propagandistisch bestimmten und die zentrale taktische Orientierung in der programmatisch ausgerichteten Umgruppierung der vorgeblich revolutionären Linken sahen. Inzwischen hat er auf seiner 5. Bundeskonferenz selbstkritisch seine früheren Positionen über Bord geworfen und die zentralen Aussagen der ausgeschlossenen Genossen übernommen, ohne allerdings seine Ausschlußpolitik gegenüber linksoppositionellen Elementen kritisch zu betrachten. — Der Marxistische Arbeitskreis (P *l* \K), eine lokale Westberliner Splittergruppe der ehemaligen KJO Spartacus, die sich nach mehr als einjähriger Studienzirkelexistenz der GIM (mit Bauchschmerzen) angeschlossen hat, legte im Juni 1975 „Ansätze zu einer TLD-Kritik" vor, deren ins Auge springender Fehler das Unverständnis ist, unsere leninistische Charakterisierung der gegenwärtigen Etappe des Parteiaufbaus zu kapieren. - Es ist also angebracht, einige Ausführungen zu unserem Selbstverständnis als kämpfender Propagandagruppe zu publizieren, zu einer Entwicklungsstufe der revolutionären Organisation also, bei der auf der Basis des vollen kommunistischen Programms mittels vornehmlich propagandistischer Aktivitäten die entwickeltsten Elemente der Arbeiterbewegung neu orientiert und organisiert werden. Wir gehen dabei von den Macken der MAK-„Ansätze" aus (ohne uns allerdings mit der Gesamtheit der Positionen des MAK hier auseinanderzusetzen).

Wo bleibt die nationale Plattform der TLD?

Revolutionäre Politik kann nur auf der Grundlage der Übergangsprogrammatik erfolgen, d.h. den Massen den Weg zu weisen von ihren aktuellen Tageskämpfen zur Eroberung der proletarischen Macht; jede Aufsplitterung oder Verflachung des Übergangsprogramms ist abzulehnen. Darin stimmen inzwischen alle Zentristen mit uns überein, nachdem wir es ihnen in aller Penetranz in unserer Polemik gegen zentristische Organisationen (wie den Spartacusbund) eingehämmert haben. Vor noch einem Jahr standen wir mit diesem Programmverständnis isoliert in der Linken; seither haben zentristische Kräfte wie der MAK und der Spartacusbund vor unserem orthodoxen Programmverständnis kapituliert, ohne sich allerdings die Methodik revolutionärer Politik wirklich anzueignen. Denn:„Die TLD hat bisher noch keine systematische Konkretisierung des Übergangsprogramms auf die nationalen Bedingungen der BRD vorgelegt", kritisiert der MAK, gleich allen Zentristen.

Eine solche Kritik ist rein formal und leblos, sie ist antimarxistisch, weil sie den wesentlich internationalen Charakter unserer revolutionären Organisation unterschlägt, bestenfalls als Beiwerk, als „Krönung" des Organisationsaufbaus in Etappen gelten läßt. Marxistische Politik „in einem Lande" ist ebenso unmöglich wie der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft „in einem Lande". Eine revolutionäre, eine trotzkistische Organisation ist von Anfang an eine *internationale* Organisation — oder sie ist zur Degeneration, zum Zentrismus verurteilt.

> „Für eine revolutionäre proletarische Tendenz ist es natürlich in der Epoche des Imperialismus möglich, in einem oder dem anderen Land zu entstehen, aber isoliert in einem Land kann sie nicht leben und sich entwickeln; unmittelbar nach ihrer Bildung muß sie internationale Verbindungen, eine internationale Plattform, eine internationale Organisation suchen oder schaffen, denn eine Garantie für die Korrektheit der nationalen Politik kann allein nur auf diesem Wege gefunden werden. Eine Tendenz, die über eine Reihe von Jahren national isoliert bleibt, ist unwiderruflich zur Degeneration verdammt" *(Writings of Leon Trotsky(1930),* New York 1975, S. 285 f.).

Es zeugt für die Oberflächlichkeit der Auseinandersetzung des MAK mit unserer Politik, daß er diesen Kerngedanken unseres Programmverständnisses ignoriert. Hätten die Genossen nur einmal die deutschsprachigen und internationalen Organe der internationalen Spartacist Tendenz systematisch durchgeblättert, sie wären unter der Fülle und „Konkretheit" unserer programmatischen Positionen erstickt - sie hätten noch viele Jahre mehr als Studienzirkel verbringen können mit dem „Programm" einer Lektüre unserer konkreten programmatischen Positionen. Gewiß, die internationale Spartacist Tendenz hat nicht ein *einziges* Dokument, das systematisch zusammenfassend die Gesamtheit unseres revolutionären Programms darlegt (das hat auch nicht das Übergangsprogramm 1938 für die Vierte Internationale geleistet!); aber die Konsistenz einer Publizistik, die mehr als zehn Jahre politischen Kampfs widerspiegelt und die für jeden, der sie zur Kenntnis nehmen will, klar eingeordnet ist in die Tradition der Leninschen Komintern, der Internationalen Linken Opposition und der Vierten Internationale Trotzkis, läßt eine Programmatik „konkret" erkennen, die allen Versuchen, „nationale Plattformen" voluntaristisch zu erstellen (und über den Haufen zu werfen), an Klarheit und Korrektheit, aber auch an der viel geforderten „Konkretheit" weit überlegen ist. Man schaue sich nur die Geschichte „programmatischer Grundlagen" des Linkspabloismus in Deutschland von IKD/KJO Spartacus über Spartacus/BL und andere Splittergruppen zum Spartacusbund an, um den „Wert" „systematischer Konkretisierung des Übergangsprogramms auf die nationalen Bedingungen der BRD" zu prüfen.

Das Unken der Philister, eine international zentralisierte Organisation mit einer Programmatik, die sich international bestimmt, könne nationale Besonderheiten nicht in den Griff bekommen (vereinfache also die Politik auf einige Gemeinplätze und setze folglich gegen „konkrete" Politik bürokratische Methoden), hat Trotzki stets bekämpft:

> „Anzunehmen, daß jede nationale Gruppe fähig ist, mit ihren eigenen Kräften nationale Probleme von einem

internationalen Standpunkt aus zu stellen und zu lösen, und gleichzeitig zu befürchten, daß eine internationale Organisation — die alle diese Sektionen umfaßt — unfähig ist, nationale Besonderheiten zu berücksichtigen, heißt, marxistisches Denken zu verspotten" *(Writings (1930),* a.a.O., S. 370).

Das internationale Organisationsverständnis und die internationalistische Praxis der TLD wird vom MAK bewertet als „vollkommener Bankrott der TLD!" So habe die TLD zum 1. Mai 1975 andere (d.h. internationale) Probleme in den Mittelpunkt ihrer Propaganda gestellt als die „aktuellsten Bedürfnisse der Arbeiterklasse..., die brennendsten Probleme der Klasse". Ohne Zweifel, Inflation und Arbeitslosigkeit, die die westdeutsche Arbeiterklasse bedrücken, waren nicht die Schwerpunkte unserer Propaganda zum 1. Mai. Es ist jedoch ein schlechter Witz, in der Tatsache, daß wir die Brennpunkte der internationalen Arbeiterbewegung zum diesjährigen internationalen Kampftag der Arbeiterklasse aus revolutionärer Sicht beleuteten, ein „direktes Anknüpfen an die Studentenbewegung" zu sehen! Nichts war der proletarischen Weltrevolution am diesjährigen 1. Mai förderlicher, als die revolutionären Lehren aus den Klassenkämpfen in Portugal und Indochina in die Arbeiterklasse aller Länder hineinzutragen! Das war die Aufgabe der Avantgarde, der sich nur derjenige bereitwillig entziehen kann, der sich mit Nachtrabpolitik begnügt. Der MAK irrt, wenn er behauptet, die TLD würde davon ausgehen, daß für die Vorhut andere Tagesfragen anstünden als für die Klasse. Es ist die Aufgabe der Avantgardeorganisation, in die Arbeiterklasse eine Propaganda über die Aufgaben des Proletariats, über den historischen Kampf der Arbeiterklasse hineinzutragen. Die „historischen Aufgaben des Proletariats" „müssen durch die Intervention der Avantgarde zu den Tagesfragen des Proletariats gemacht werden. Die Vorhutorganisation soll sich nicht auf das politische Niveau der rückständigen Schichten des Proletariats begeben, vielmehr soll sie systematisch dieses Niveau auf die Ebene historischer Bewußtheit über die revolutionäre Rohe des Proletariats heben! Dabei hat die revolutionäre Organisation, die *gegenwärtig* in ihrer Praxis von den proletarischen Massen vollständig isoliert ist (und darüber hilft weder das beschwörende Murmeln „Massen" noch die beste Absichtserklärung hinweg), anzuknüpfen am Bewußtsein der fortgeschrittenen Elemente der Arbeiterklasse. Das bezeichnet genau die gegenwärtige Etappe beim Parteiaufbau!

Die grundsätzlichen Aussagen, die Trotzki über die propagandistische Orientierung der Linken Opposition und ihre Konzentration auf zentrale Fragen der Weltrevolution gemacht hat, gelten für unsere Praxis heute gleichermaßen (unabhängig von der wesentlich verschiedenen strategischen Aufgabe: nicht Reform der Komintern, sondern Wiederaufbau der Vierten Internationale):

„Wir handeln in erster Linie als *Propagandisten.* Wir sind zu schwach, um zu versuchen, auf alle Fragen Antworten zu geben, in allen besonderen Konflikten zu intervenieren, überall die Parolen und Antworten der Linken Opposition zu formulieren. Die Jagd nach solcher Universalität wird bei unserer Schwäche und der Unerfahrenheit vieler Genossen oft zu vorschnellen Schlüssen, zu unvorsichtigen Parolen, zu falschen Lösungen führen. Durch falsche Schritte *im besonderen* werden wir diejenigen sein, die sich dadurch kompromittieren, daß sie die Arbeiter daran hindern, die *grundsätzlichen* Qualitäten der Linken Opposition zu würdigen. Ich will damit nicht sagen, daß wir abseits vom wirklichen Kampf der Arbeiterklasse stehen müssen. Nichts dergleichen. Die fortgeschrittenen Arbeiter können die revolutionären Vorzüge der Linken Opposition nur in der lebendigen Erfahrung prüfen, aber man muß lernen, die lebenskräftigsten, die brennendsten und die prinzipiellsten Fragen auszuwählen, und sich in diesen Fragen im Kampfe engagieren, ohne sich in Kleinigkeiten und Details zu verlieren" *(Writings of Leon Trotsky (1930-31),* New York 1973, S. 297).

Zu prinzipiellen nationalen Fragen hat die TLD allerdings öffentlich Position bezogen, diese Fragen in ihre kontinuierliche propagandistische Aktivität integriert: Die Frage der revolutionären Wiedervereinigung führt ebenso wie die Frage der Sozialdemokratie an die Kernprobleme der proletarischen Revolution in Deutschland heran — es ist folglich billige Demagogie, uns „nationale Konkretisierungen" abzusprechen. Unsere Politik zur Verteidigung der RAF-Genossen hat prinzipielle Bedeutung; wir konnten damit eine klare Trennungslinie gegen alle ängstlichen Philister ziehen, deren Abgrenzung vom „Terrorismus" der RAF oft bis zur elenden Verleumdung reicht.

Über das Überspringen von Etappen beim Parteiaufbau

Wir erkennen klar: Wir vermögen nicht unmittelbar die proletarischen Massen für den Kampf um die Staatsmacht zu erobern, obwohl wir als einzige Kraft über die programmatischen Grundlagen für diesen Kampf verfügen. Hierzu benötigen wir einen Hebel: die in den Massen verankerte proletarische Avantgardepartei. Diese Partei organisiert die revolutionären Elemente zu einer schlagkräftigen Einheit, die sich von den historischen Interessen der revolutionären Arbeiterklasse leiten läßt. Der Aufbau dieser Partei geht davon aus, daß das Proletariat eine in jeder Hinsicht (vor allem aber bewußtseinsmäßig) differenzierte Klasse ist, die sich ungleichmäßig und ungleichzeitig entwickelt; es ist keine homogene Masse, an die sich die Revolutionäre wenden.

Wenn sich der MAK auf Radeks Rede vom III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale beruft, die die Orientierung „Heran an die Massen!", proletarische Massenmobilisierung für den Sturz des Kapitals taktisch begründete, so „überspringen" die MAK-Genossen allerdings eine „Etappe

im Parteiaufbau". Gerade Trotzki hat eine einschränkende Bemerkung zur taktischen Linie des III. und IV. Weltkongresses (Eroberung der Mehrheit des Proletariats durch die Einheitsfronttaktik) gemacht:

„In Fällen, wo die Kommunistische Partei noch eine Organisation einer zahlenmäßig unbedeutenden Minderheit bleibt, nimmt die Frage ihrer Führung an der Front des Massenkampfes keine entscheidende praktische und organisatorische Bedeutung an. Unter solchen Bedingungen bleiben die Massenaktionen unter der Führung der alten Organisationen, die aufgrund noch mächtiger Traditionen weiterhin eine entscheidende Rolle spielen" (Leon Trotsky, *The First Five Years of the Communist International* Vol. II, New York 1953, S. 92).

Die Kommunisten finden als Partei einen Zugang zu den Massen, wenn sie in ihren Reihen — auf der Grundlage des kommunistischen Programms — die Vorhut der Arbeiterklasse organisieren. Und sie gewinnen diese Vorhut, weil sie über ein Programm der proletarischen Massenmobilisierung zur Eroberung der Staatsmacht verfügen. Das bedeutet u.a., daß sie keinem „schichtenspezifischen" Programm zum Opfer fallen (nur die Arbeiterjugend sei revolutionär; die am stärksten von der ökonomischen Krise betroffenen Arbeiter, d.h., die Arbeitslosen und ausländischen Arbeiter, seien vor allem revolutionär organisierbar usw.) Aber das bedeutet auch, daß dieses Programm nicht unmittelbar reale Praxis wird im Sinne seines praktischen Vollzugs, sondern es muß Inhalt zäher und kontinuierlicher Propaganda sein, deren erstes Ziel es ist, die „Vorhut" des Proletariats für dieses Programm zu organisieren (d.h. sie zur Vorhut zu machen).

Soweit das Programm gegenwärtig, d.h. bei den beschränkten Kräften der revolutionären Organisation, die von den Massen praktisch isoliert ist, in die „Massen" hineingetragen wird, hat diese Praxis „exemplarischen" Charakter, d.h. sie dient vornehmlich der Aufgabe, die Avantgarde zu strukturieren. Das ist die Quintessenz der revolutionären Umgruppierungstaktik. Deshalb ist sie beispielsweise nicht zu trennen vom Versuch, in den proletarischen Massenorganisationen wie den Gewerkschaften den Kampf für eine alternative Führung auf der Basis des revolutionären Programms aufzunehmen.

Der MAK dagegen kennt überhaupt keine Etappen des Parteiaufbaus; er hat nur ein inhaltsleeres „Prinzip": das Gesicht der Klasse zugewandt und los geht's! Diese Aussage gilt natürlich nur in bezug auf die vorgegebene Konzeption der MAK-Politik; praktisch hat der MAK eine erste „Etappe" eingeschlagen: er hat die Perspektive eines fraktionellen Kampfes im VS/GIM-Sumpf, ohne das Selbstverständnis des VS, die Vierte Internationale zu sein, zu teilen; wahrscheinlich akzeptiert der MAK noch nicht einmal die offizielle Position des GIM-Kompaß, eine Reform des VS sei nicht nur notwendig, sondern auch möglich. Wir verstehen durchaus, daß solche Manöver die Verteidigung eines unbolschewistischen Verständnisses vom demokratischen Zentralismus erfordern.

Doch zurück zur Polemik gegen die politischen Konzeptionen des MAK. Der Klassenstandpunkt der revolutionären Organisation wird nicht dadurch garantiert, daß sie permanent „proletarische Massen", „Tagesinteressen der Arbeiter" u.a. blutleere Abstraktionen (weil vom praktischen Kampf losgelöste Formeln) in ihre Deklarationen schreibt und Tonnen bedruckter Makulatur vor den Fabriktoren ablädt. Der Klassenstandpunkt ist eine Frage des revolutionären Programms, der Organisierung der proletarischen Aktion für die proletarische Revolution. Eine reine Arbeitergruppierung, aber mit syndikalistischer Orientierung oder reformistischem Programm dient nicht dem revolutionären Kampf des Proletariats, sondern ist ein Hemmschuh seiner revolutionären Entwicklung; insofern ist der Klassenstandpunkt kein soziologisches Kriterium.

Es ist eine schlechte Polemik des MAK, darin in den Fußtapfen aller Syndikalisten und Ökonomisten, uns „klassenunspezifisches Herangehen an die Frage des Parteiaufbaus" vorzuwerfen, weil wir nicht das Proletariat als homogene Masse in seiner Gesamtheit zum Ausgangspunkt unserer taktischen Orientierung machen und weil wir — damit zusammenhängend — eine Umgruppierungstaktik anstelle einer Orientierung auf die Arbeiterklasse vertreten würden! Indem wir uns weigern, vor dem rückständigen Bewußtsein unentwickelter Teile des Proleteriats zu kapitulieren, betonen wir unseren revolutionären Optimismus, daß es aufgrund der ungleichmäßigen und ungleichzeitigen Entwicklung der Arbeiterklasse möglich ist, die revolutionäre Partei des Proletariats auf der Grundlage des kommunistischen Programms aufzubauen — unabhängig davon, ob sich die Massen insgesamt zum Sturm auf die Zwingburg kapitalistischer Klassenherrschaft rüsten oder nicht. Auch in Zeiten revolutionärer Ebbe des Rückgangs der Massenbewegung ist prinzipiell revolutionäre Politik möglich. Wir bekämpfen folglich jede objektivistische Metaphysik, die eine längere Periode für wesentlich stabil oder revolutionär charakterisiert. (Es bestätigt nur die objektivistische Metaphysik in der Form eines vulgärdeterministischen ökonomischen Materialismus, wenn der MAK gegen diese Aussage „polemisiert": „Die TLD leugnet damit (? ?) die Synchronizität der wirtschaftlichen Bewegung der imperialistischen Staaten ebenso wie eine Theorie der langen Wellen der Konjunktur".)

Die Frage der Massenmobilisierung zur Zerschlagung des bürgerlichen Staates ist in erster Linie eine Frage der Führung, der Partei. Zur Lösung dieser Aufgabe sind alle „Elemente" vorhanden: das revolutionäre Programm, d.h. die Programmatik der Vierten Internationale, verteidigt durch die internationale Spartacist Tendenz, und Kämpfer, die subjektiv ehrlich revolutionär für den Sturz des Kapitalismus, für die Diktatur des Proletariats einstehen, die jedoch von falschen Führungen mit falschen Programmen irregeleitet werden. Es gilt, diese „Elemente" im Kampf zusammenzuschweißen. Das ist die Funktion der revolutionär-programmatischen Umgruppierung.

Diese Taktik geht davon aus, daß sich diese Elemente nicht im geschichtslosen Raum herausbilden werden jungfräulich unbefleckt von den stattfindenden Kämpfen und

Der Bund Sozialistischer Arbeiter beschäftigt sich gegenwärtig in seinem Publikationsorgan ***Der Funke*** mit Fragen der „Sicherheit und der Vierten Internationale"; so veröffentlichte er u.a. eine Übersetzung eines Artikels seiner australischen Schwesterorganisation, der Socialist Labour League des healyistischen IK. Dieser Artikel enthält verleumderische Angriffe auf die Spartacist League /U.S. Die australische Sektion der internationalen Spartacist Tendenz, die Spartacist League of Australia and New Zealand, hat in ihrem Organ ***Australasian Spartacist*** Nr. 21, July 1975 ausführlich und mit Dokumenten diese Verleumdungen zurückgewiesen.

Diese Ausgabe kann durch Übersendung von 0,70 DM (in Briefmarken) bestellt werden.

Postlagerkarte A 051 429 1
Berlin 120

SL-Grußbotschaft zur Gründung des Spartacusbundes 1974

Der Spartacusbund hat auf seiner 5. Bundeskonferenz im Sommer dieses Jahres seine bisherige Politik offen als zentristisch charakterisiert. Seine Selbstkritik deckt sich in zentralen Punkten mit Polemiken, die in der Kommunistischen Korrespondenz *seit der Gründung des Spartacusbund es gegen ihn publiziert wurden. Genosse Sharpe hat als Repräsentant der Spartacist League der Vereinigten Staaten auf der Gründungskonferenz des Spartacusbundes am 3. Februar 1974 in Gelsenkirchen das revisionistische Programmverständnis dieser zentristischen Organisation angegriffen. Die Führung des Spartacusbundes denunzierte unsere orthodoxe Position als „das lebendige Beispiel des sterilen Dogmatismus", „erstaunliche Buchstabengläubigkeit und politische Ignoranz". Inzwischen hat die Führung des Spartacusbundes einige Grundelemente unserer marxistischen Kritik übernommen, ohne jedoch einzugestehen, welche internationale Tendenz den orthodoxen Marxismus, das Leninsche Erbe, das Vermächtnis Trotzkis, das Programm der Vierten Internationale im politischen Kampf gegen alle Arten von Reformismus und Zentrismus verteidigt. — Wir dokumentieren hier Auszüge aus der Grußbotschaft des Genossen Sharpe auf der Gründungskonferenz des Spartacusbundes; solches erscheint uns um so mehr notwendig, als der Spartacusbund als einer gegenüber seiner eigenen Entwicklung* geschichtslosen *und folglich traditionslosen Organisation zur Besinnung auf seine eigene Entwicklung auf seine politischen Kämpfe gegen den orthodoxen Marxismus gezwungen werden muß.*

Die Grundlage eurer jetzigen Fusion besteht in der Tatsache, daß es nie entscheidende qualitative Unterschiede zwischen der IKD/KJO auf der einen und Spartacus/ BL auf der anderen Seite gab. Wir können nur nochmals wiederholen, was wir vor zwei Jahren in unserem Brief an die IKD und an Spartacus/BL schrieben (nachzulesen in Spartacist, deutsche Ausgabe, Nr. 1, S. 22):

> „Weiterhin ist es uns bis jetzt noch nicht klar, daß die Differenzen zwischen den beiden deutschen Organisationen — von unserem Standpunkt aus betrachtet — mehr als quantitativen Charakter haben/'

Wie Genosse J. gestern morgen gleich zu Beginn sagte: Die Fusion ist eine organisatorische Lösung für politische Probleme. Man könnte sie als „eine durch und durch prinzipienlose Fusion auf vollständig chaotischer Grundlage" charakterisieren...

Nun zum Übergangsprogramm: Genosse Frank hat es bereits gesagt: Alle Formeln von der Sorte „Wir müssen Zugänge zu den Übergangsforderungen finden", „Wir müssen Forderungen unterstützen, die einen ersten Schritt hin zum revolutionären Bewußtsein darstellen", „Aufsplitterung von Übergangsforderungen" — alle derartige Formeln können in letzter Konsequenz ***nur*** bedeuten, das revolutionäre Programm, d.h. das Übergangsprogramm, zugunsten des Reformismus aufzugeben. Wenn ihr „erste Schritte" unterstützen wollt, bedeutet dies, daß es mehrere Schritte, z.B. zwei, gibt. Der erste Schritt ist von ökonomischen und demokratischen Forderungen gekennzeichnet, und dann kommt der zweite mit den sozialistischen Forderungen. Das, Genossen, ist nichts anderes als die stalino-menschewistische Etappentheorie.

In anderen Worten: Bei Verwendung solcher Formeln gibt es begrifflich und prinzipiell keine Schranken, „das Aktionsprogramm nach unten hin abzugrenzen". Jede „Abgrenzung nach unten" kann dann nämlich ***nur noch*** taktisch behandelt werden. Anläßlich der französischen Wahlen im März 1973 hat die OCI die „Ligue" berechtigterweise angegriffen, weil sie eine Volksfront unterstützt hat, „die keine Schranken nach rechts hin hat". Mit eurer Formulierung ist es genauso unmöglich, eine prinzipielle Schranke nach unten, d.h. zum Reformismus hin, zu ziehen. Letzten Endes bedeutet das ein langsames Absinken in den reformistischen Sumpf...

Schlußfolgerung:

1. Die neue Organisation unterscheidet sich in keiner Weise qualitativ von den alten Organisationen. Hier und da mag es geringfügige Positionsveränderungen geben; doch sind diese von rein taktischer Natur.

2. Ich weiß nicht, ob einige wenige Genossen von euch — von der ganzen Organisation will ich gar nicht reden — jemals definitiv mit dem Zentrismus brechen werden. Sicher aber bin ich, daß, wenn ein solcher Bruch stattfinden soll, es zu einem äußerst harten Fraktionskampf kommen muß. Ziel eines solchen Kampfes muß sein, an der Methode und den wesentlichen Schlußfolgerungen des Übergangsprogramms festzuhalten und eine deutsche Sektion der wiederaufzubauenden Vierten Internationale zu schaffen.

existierenden Organisationen der Arbeiterbewegung. Im Gegenteil, die Radikalisierung militanter Kämpfer der Arbeiterklasse erfolgt über traditionelle Strukturen der Arbeiterbewegung, über bestehende Organisationen, die diese Militanz in ihre Sackgassen fehlleiten. Hier haben wir anzusetzen. Damit stehen wir mitten im Leben des revolutionären Proletariats in der Spitze in seinem Kampfe um seine Geschichtsmächtigkeit, um seine Selbsttätigkeit als revolutionäre Klasse, vermittelt durch seine Avantgarde. Von der historischen Gestalt der Arbeiterbewegung, d.h. von ihren konkreten Organisationen, zu abstrahieren und stattdessen von der reinen, durch programmatische Konzeptionen unbefleckten Masse zu schwätzen, ist ein ideologischer Ausdruck des Bewußtseins von rückständigen Teilen des Proletariats!

Gegen diese Kapitulantenposition stellen wir unsere taktische Linie für die unmittelbar bevorstehende Periode im Aufbau der revolutionären Weltpartei des Proletariats: Konstituierung einer kämpfenden Propagandagruppe als programmatischen Pol der revolutionären Umgruppierung in den Reihen der Arbeiterbewegung, im Kampf für eine alternative revolutionäre Klassenführung des Proletariats. ■

Flugschrift des Organisationskomitees Köln der TLD:

Der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen in Köln

Köln, 25. August - Heute tritt nun die vom Stadtrat im Juli beschlossene Fahrpreiserhöhung um 30-50% bei der KVB in Kraft. Gewitzt aus den Erfahrungen der Vergangenheit in Köln und anderen Städten, daß Tariferhöhungen im öffentlichen Nahverkehr immer auf heftigen Widerstand treffen, legte man Beschlußfassung und Inkrafttreten in die Hauptreisezeit, um so eine aktive Bewegung dagegen schon im Ansatz zu schwächen. Die Rechnung des Rats ist allerdings nicht ganz aufgegangen, die heutige Demonstration soll das zeigen.

Andererseits sollten alle ernsthaften Genossen zugeben und vor allem Lehren daraus ziehen, daß nicht nur die objektive Schwierigkeit eine größere Mobilisierung verhinderte, sondern auch die dreifache Spaltung in Aktion Roter Punkt, Aktionskomitee der Nulltarifler und die Initiative des KBW gegen die Fahrpreiserhöhungen die Bewegung grundlegend schwächten.

Die Aktivitäten des „Aktions"-Komitees Roter Punkt kamen kaum über Pflichtübungen hinaus. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Hätte man doch bei weitergehenden Aktionen eindeutig Stellung zur SPD beziehen müssen und gleichzeitig den Kampf gegen die vollständig passive Gewerkschaftsbürokratie aufnehmen müssen. Vor allem wollte man sich wohl nicht der Gefahr aussetzen, mit unseren staatlichen Ordnungshütern in Konflikt zu geraten; ist es doch grundlegendes Ziel dieser Organisationen, als besonders respektable Vertreter des Grundgesetzes zu erscheinen. Und natürlich waren diese Organisationen nicht bereit, ihr Komitee durch die Beteiligung von Gruppen, die links von ihnen stehen, in der bürgerlichen Öffentlichkeit in „Verruf bringen zu lassen.

Dennoch hätten im Interesse einer möglichst breiten einheitlichen Mobilisierung alle linken Organisationen an der Demonstration der Aktion Roter Punkt teilnehmen müssen, um der Basis von DKP, Falken etc. praktisch zu zeigen, wer die oft zitierten Spalter in Wahrheit sind.

Zur Frage der Aktionseinheit

In der gegenwärtigen Situation wäre es für alle Organisationen möglich und nötig gewesen, sich auf der Basis der Forderung „Weg mit den Fahrpreiserhöhungen" in einer Aktionseinheit zusammenzuschließen. Daß dies nicht gelungen ist, liegt eindeutig in der Verantwortung des KBW, der in der Konsequenz dieselbe Spalterpolitik betrieb, die auch er der DKP zu Recht vorwirft:

So nahm der KBW nicht nur nicht an der Donnerstag-Demonstration der Aktion Roter Punkt teil, er ließ auch den Nulltarif-Block am darauffolgenden Mittwoch alleine marschieren. Wenn auch der KBW, wie jede andere Organisation, das Recht hat, eigene Veranstaltungen abzuhalten, war es schlicht ultimatistisch, ohne jegliche Absprache mit den Nulltariflern diese aufzufordern, sich an der vom KBW organisierten Demonstration am Freitag den 18. 7. zu beteiligen. So war es dann auch nicht überraschend, daß der KBW auf dieser Demonstration unter sich blieb.

Weshalb erklärte der KBW nun die Aktionseinheit (ohne aktiven Kampf) vorzeitig für gescheitert? In seiner Broschüre „Die politischen Organisationen in Köln im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen" beantwortet H.K. auf Seite 12 die Frage so: „Forderungen, auf die wir uns nicht geeinigt hatten, wurden von euch laufend wieder erhoben." Gespalten hat demnach nicht der KBW, sondern jene Organisationen, die über die Forderung „Weg mit den Fahrpreiserhöhungen" Losungen aufstellten, die darüber hinausgingen, ohne im Gegensatz dazu zu stehen.

In der Tat ein seltsames Verständnis von Aktionseinheit, kann doch hierunter niemals die Beschränkung aller Organisationen auf die an konkrete Kampfziele gebundenen Mindestforderungen verstanden werden. Vielmehr wird jede Organisation diese gemeinsamen Forderungen mit ihren politischen Grundlagen, sofern sie darüber verfügt, verbinden. Eine Aktionseinheit ist somit nicht nur die Herstellung einer möglichst breiten Kampffront, vielmehr gibt sie allen beteiligten politischen Tendenzen die Möglichkeit, die Richtigkeit ihrer politischen Vorstellungen im praktischen Kampf und in der Auseinandersetzung mit anderen Organisationen nachzuprüfen und zu erweisen.

Daß der KBW jedoch glaubt und fordert, den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen von weiterreichenden programmatischen Perspektiven zu isolieren, weist zugleich seine eigene Konzeption des Kampfes gegen Fahrpreiserhöhungen auf.

Der KBW kann keine Kampf Perspektive angeben

Der KBW stellt heute zwei Forderungen auf: „Keine Fahrpreiserhöhung bei der KVB" - „Weg mit dem Beschluß des Stadtrates" und nur diese. Der KBW leitet diese Losungen nicht aus der aktuellen Situation, der Einschätzung des gegenwärtig Erreichbaren, ab, sondern er hält sie für die unter den Bedingungen des Kapitalismus einzig mögliche Stoßrichtung. Wer es wagt, weiterreichende Losungen wie „Nulltarif, „Bezahlung des Nahverkehrs aus Unternehmerprofiten", aufzustellen, der hege Illusionen in die Politik des bürgerlichen Stadtrates. Den Befürwortern des Nulltarifs wird vorgeworfen: „Kein Gedanke über den bürgerlichen Staat und seine unvermeidliche Ausplünderungspolitik. Stattdessen soll er an einer Stelle gestoppt werden, um ihn an allen anderen Stellen zu verschärfter Ausplünderung einzuladen" („Die politischen Organisationen in Köln..." , Seite 4).

In seinem Versuch, reformistische Illusionen in eine bürgerliche Verkehrspolitik zu widerlegen, verfällt der KBW bloßem Schematismus. Natürlich ist Ausplünderung der Arbeiterklasse Bedingung der Existenz des Kapitalismus. Diese Binsenwahrheit sagt jedoch nichts über den Grad der Ausplünderung aus, der doch gerade vom Kampf der Arbeiter abhängt. Und wieso bedeutet das Zurückschlagen des Angriffs des bürgerlichen Staates auf einem Gebiet, an anderer Stelle tatenlos zuzusehen, wenn dort versucht wird, die Arbeiterklasse vervielfacht auszubeuten. Dies kann nur dem KBW einfallen, der eine programmatische Verbindung der verschiedenen Kämpfe der Arbeiterklasse nicht zu schaffen in der Lage ist. Und wenn er sagt, daß die Kosten des Nulltarifs auf anderen Wegen wieder auf die Arbeiter abgewälzt werden, stellt sich prinzipiell dieselbe Frage nach der Finanzierung des bestehenden Defizits bei erfolgreicher Abwehr der Fahrpreiserhöhungen.

Nach Ansicht des KBW ist unter den Bedingungen des Kapitalismus auch nicht mit einer Verbesserung des Nahverkehrs

über das für das Kapital notwendige Maß hinaus zu rechnen. Aber was für das Kapital notwendig ist, ist keine objektive Größe, sondern wird bestimmt durch das Kräfteverhältnis von Bourgeoisie und Proletariat.

Der KBW kann sich demnach allein defensiv gegen Verschärfung der Ausbeutung wehren, ohne derartige Kämpfe offensiv gegen das kapitalistische System wenden zu können, da die Ausplünderung der Arbeiterklasse durch das Kapital als „unvermeidlich" hingenommen werden muß.

Nur so erklärt sich die Tatsache, daß der KBW die vorausgegangenen Fahrpreiskämpfe in Heidelberg als Erfolg wertete, obwohl das konkrete Ziel, die Rücknahme der Tariferhöhungen, nicht erreicht wurde. „Die Bewegung ist alles, das Ziel nichts/[4] Maßstab des Erfolges — oder Mißerfolges — eines Kampfes ist für den KBW allein das Ausmaß der „Aktion der Massen" bzw. damit die Anzahl der vom bürgerlichen Staat eingesetzten Polizisten, denn „der Charakter des bürgerlichen Staates als Diktatur der Bourgeoisie ist ein Stück weiter hervorgetreten" *(KVZ, 3.1.* 1975). Je schlimmer die Polizei den Schlagstock schwingt, desto besser hat der KBW den bürgerlichen Staat entlarvt.

Wenn dies also der einzige mögliche Sinn des Kampfes für den KBW ist, so ist auch klar, weshalb er die Losung „Weg mit dem Beschluß des Stadtrates" (hervorgegangen aus der wohl mittlerweile für etwas abenteuerlich eingeschätzten Forderung „Weg mit dem Stadtrat") in den Vordergrund stellt, obwohl es unvoreingenommenen Betrachtern als selbstverständlich erscheinen könnte, daß die Rücknahme der Fahrpreiserhöhungen die Rücknahme der entsprechenden Stadtratsbeschlüsse voraussetzt.

Der KBW kann die Tagesfragen des proletarischen Befreiungskampfes nicht mit dem Ziel, der Machteroberung durch das Proletariat, verbinden. Er glaubt zwar, mit seinen demokratischen Forderungen eine Brücke zwischen den Tageskämpfen der Massen und dem Kampf um die Macht entwickelt zu haben, doch in der Praxis gelingt es ihm allenfalls, kurzfristige Konfrontationen mit dem Staatsapparat herbeizuführen, die nur äußerst oberflächlich das Bewußtsein der Beteiligten verändern. In einer Phase, in der der bürgerliche Staat den Kämpfen der Arbeiterklasse zeitweilig nicht frontal entgegentritt, sondern sie durch kurzfristige Konzessionen aufzufangen vermag, drohen solche oberflächlichen „Lernprozesse", sich in Nichts aufzulösen.

Eine weitere reformistische Variante: die Spontaneisten

Oben polemisierten wir gegen die Einschätzungen des KBW, daß seiner Meinung nach unter den Bedingungen des Kapitalismus der Kampf für eine Änderung der Verkehrspolitik im Interesse der Arbeiterklasse (d.h. namentlich der Kampf , für den Nulltarif) nicht möglich sei, ohne Illusionen in den bürgerlichen Stadtrat bzw. Staat zu säen. Dies aber genau tun die Spontis, da sie die Forderung nach Nulltarif ohne eine Verknüpfung mit Forderungen, die sich gegen den bürgerlichen Staat richten, aufstellen. Fehlt ihnen doch jede Vorstellung, wie verhindert werden soll, daß die Finanzierung des Nulltarifs auf die Arbeiterklasse abgewälzt wird. Und wenn sie das Bild einer Nahverkehrsidylle (saubere Städte ...) inmitten des unveränderten kapitalistischen Chaos zeichnen, ist das reiner Illusionismus. Denn eine solche Nahverkehrskonzeption, die kostenlose Beförderung, Ausbau der Strecken, Verdichtung der Linien etc. vorsieht, würde unweigerlich strukturelle Veränderungen der Wirtschaft nötig machen (z.B. Automobilindustrie), d.h. der Kampf hierfür ist ein Kampf in Richtung auf die sozialistische Planwirtschaft.

Die Hilflosigkeit der Pseudo-Trotzkisten von der GIM

Die GIM, eine Organisation, die immerhin für sich das Erbe des Trotzkismus beansprucht, vermochte es ebensowenig wie die Spontis oder der KBW, den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen in eine klare revolutionäre Perspektive einzuordnen. So folgte im Flugblatt ihrer Kölner Ortsgruppe der richtigen Erkenntnis, daß sich die Erhöhungen bei der KVB einordnen in den allgemeinen Angriff auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse, nur eine verballhornte Fassung der Forderung nach gleitender Skala der Löhne, die sie zur Aufnahme in die Tarifverträge vorschlug, ohne ein weiteres Wort über die Bedingungen hierfür zu verlieren (etwa durch die heutige Gewerkschaftsbürokratie? ? ?), um dann fortzufahren, in reformistischer Manier isolierte Forderungen bezüglich der Tariferhöhung bei den Nahverkehrsmitteln aufzustellen.

Welche Kampf formen?

Kurz soll hier noch eingegangen werden auf bestimmte „Kampfformen4\ die gegenwärtig diskutiert werden: Besonders von den Spontis wird „kollektives Schwarzfahren" und „Nachdrucken von Fahrkarten" vorgeschlagen. Wir lehnen diese Mittel nicht prinzipiell ab — aber nur insofern, als sie Ergänzung existierender Massenbewegungen sind und nicht als Ersatz dafür stehen. Denn eine Demonstration von 15 000 Mann würde den bürgerlichen Staat wesentlich mehr unter Druck setzen als jene oft zitierten 15 000 Schwarzfahrer täglich, sind jene doch heute eher dazu angetan, die Illusion zu nähren, es genüge den bürgerlichen Staat individuell zu unterlaufen. Das gleiche gilt für den Nachdruck von Fahrscheinen. Gegen die isolierte Anwendung solcher Mittel hat der bürgerliche Staatsapparat noch immer alle Möglichkeiten zur Abwehr, wenn nicht die organisierte Kraft der Arbeitermassen dahintersteht.

Blockaden werden beim Fortschritt solcher Kämpfe oft notwendiges Druckmittel sein, als Aufgipfelung einer

Mobilisierung der Massen, die ihre Kampfbereitschaft unter Beweis stellen. Demgegenüber können Blockaden heute nur beispielhaften Charakter — und das nur bei besonderen Zuspitzungen der Auseinandersetzungen — haben. Als heroischer Akt von einigen Hunderten jedoch, müssen sie zum bloß „putschistischen" Kraftakt verkommen, hilflos den polizeilichen Knüppelgarden ausgeliefert.

Aber die einzige Gewähr, daß diese und folgende Bewegungen nicht weitgehend wehrlos den staatlichen Ordnungsmächten gegenüberstehen, liegt darin, wenn in die Auseinandersetzungen aktiv von Seiten der Arbeitermassen und ihrer Organisationen eingegriffen wird. Auch diesmal hat die Gewerkschaftsbürokratie über einige lahme Erklärungen hinaus es vorgezogen, nicht in Gegensatz mit der mit ihr verflochtenen SPD-Ratsfraktion zu geraten. Aber die Konsequenz hieraus darf eben nicht sein, sich nur „auf die eigenen Kräfte" zu verlassen, sondern die Anstrengungen zu verdoppeln, den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern aufzuzeigen, wie sich die Fahrpreiserhöhungen einreihen in den umfassenden Angriff der Bourgeoisie auf den Lebensstandard der Massen. Als Massenorganisation der Arbeiter wird gegenwärtig allein die Gewerkschaft über die Kräfte und Mittel verfugen, dem wirksam entgegenzutreten (Straßenbahnerstreiks, gewerkschaftlich organisierter Fahrpreisboykott etc.).

Schluß mit den Polizeieinsätzen

Auch in Köln hat die Polizei eine eindringliche Lektion in bürgerlicher Demokratie mit dem Gummiknüppel erteilt. Und dieselbe Polizei, die heute angetreten ist, in Köln, in Heidelberg etc. an einigen tausend Demonstranten ein Exempel zu statuieren, wird morgen in verschärften Klassenkampf Situationen von der Bourgeoisie ins Feld geführt werden, Aktionen von Millionen von Arbeitern gewaltsam zu verhindern. Der Schutz gegen brutale Unterdrückungsaktionen des bürgerlichen Staates kann nur von der Arbeiterklasse selbst ausgehen, durch den **Aufbau bewaffneter Arbeiterselbstverteidigungsorgane.**

Zum anderen aber hat sich einmal mehr erwiesen, daß die Polizei einer Klasse und der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft, der Bourgeoisie, dient. Deshalb kann dieselbe Polizei, die zum Schutz der Bourgeoisie gegen die Arbeiter aufgeboten wird, keine Mitgliedschaft in deren Organisationen beanspruchen: **Polizei raus aus den Gewerkschaften!**

Warum Nulltarif?

Die beschlossene Erhöhung der Tarife bei der KVB reiht sich ein in eine endlose Kette von Angriffen des Kapitals auf den bisher erkämpften Lebensstandard der Arbeiterklasse. Und es ist deshalb richtig, sich gegen diese erneute Verteuerung der Lebenshaltungskosten zu wehren. **Weg mit den Fahrpreiserhöhungen!**

Ist diese Forderung auch gegenwärtig am ehesten geeignet, weitere Teile der Bevölkerung zu mobilisieren, so können Revolutionäre doch hierbei nicht stehenbleiben. Die KVB ist ein Unternehmen, das nach den Gesetzen der Profitlogik arbeitet. Der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen muß deshalb notwendig ein Kampf sein gegen die Durchsetzung des kapitalistischen Rentabilitätsprinzips auf dem Rücken der Arbeiterklasse. Das muß seinen Ausdruck finden in der Forderung: **Nulltarif.**

Es ist klar, daß es bei dieser Forderung nicht darum gehen kann, „Kostenlose Beförderung im Nahverkehr" durch Steuern dann indirekt wieder von der Arbeiterklasse bezahlen zu lassen. Vielmehr muß die Finanzierung von denen erfolgen, die am meisten Nutzen davon haben, von den Unternehmern. Argumente gegen die Aufstellung dieser weiterreichenden Forderungen (besonders vom KBW), daß der bürgerliche Staat jene Kosten auf anderen Wegen der Arbeiterklasse wieder aufhalsen würde, zeigen nur das Unverständnis jener Leute, jeden einzelnen Kampf der Arbeiterklasse einzuordnen in einen klaren programmatischen Zusammenhang, der es ermöglicht, alle Kämpfe der Arbeiterklasse zu verbinden.

Die notwendige Brücke zwischen Tageskämpfen und proletarischer Machteroberung kann (ausgehend von der Programmatik der Kommunistischen Internationale zu Lenins Zeiten) nur in einem *System von Übergangsforderungen* bestehen, das an den materiellen Interessen der Massen anknüpft, deren Kämpfen eine weiterführende Perspektive weist und ihnen klarmacht, daß sie für ihre Interessen langfristig nur kämpfen können, wenn sie die Grenzen des kapitalistischen Systems sprengen und die Machtfrage auf die Tagesordnung setzen.

So muß in der heutigen Situation der Kampf gegen direkte und indirekte Steuererhöhungen, Preiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr, bei der Bundesbahn, der Post, im Energieversorgungsbereich und gegen den allgemeinen Preisanstieg zusammengefaßt werden mit der Forderung: **Gleitende Skala der Löhne!**

Dies bedeutet die entsprechende Anpassung der Löhne an die Inflationsrate. Nur so kann die Arbeiterklasse wirksam vor Reallohnabbau bewahrt werden. Zugleich versperrt den Kapitalisten und ihrem Staat diese Losung, erfolgreiche Kämpfe des Proletariats gegen Preiserhöhungen in bestimmten Sektoren (z.B. Nahverkehr) durch Preiserhöhungen in anderen Bereichen aufzufangen; zum anderen garantiert diese Forderung allein, daß kein Lohnabbau durch Inflation stattfindet und realer Lohnzuwachs erkämpft werden kann.

Diese Forderung muß verbunden werden mit einem kompromißlosen „Nein" zu allen Versuchen, durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit der Arbeiterklasse ihr einziges Recht im Kapitalismus, das auf Arbeit, zu beschneiden und die Arbeiterklasse in Arbeitende und Arbeitslose zu spalten. Die Kapitalisten müssen gezwungen werden, die vorhandene Arbeitszeit Auf alle Arbeitskräfte zu verteilen, und somit die Wiedereingliederung der heutigen Arbeitslosen zu erreichen: **Für die gleitende Skala der Arbeitszeit!**

Sind diese beiden Forderungen auch in bestimmten Situationen des Klassenkampfes am ehesten geeignet, die Masse der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus zusammenzuschließen, so stehen sie doch ihrerseits in untrennbarem Zusammenhang mit anderen Forderungen wie Offenlegung der Geschäftsbücher, Arbeiterkontrolle, entschädigungslose Enteignung der Industrie usw., die die Machtfrage auf die Tagesordnung setzen, d.h. die Schaffung von Arbeiterräten und die Bildung einer Arbeiterregierung.

Ein umfassender Kampf für ein solches Übergangsprogramm wird erst möglich werden, wenn die „schweren Bataillone" des Industrieproletariats, geführt von einer revolutionären Partei, in die tiefe Krise des kapitalistischen Systems eingreifen. Niemand wird erwarten, daß die Kämpfe gegen Fahrpreiserhöhungen in verschiedenen Städten der BRD unmittelbar zum Kampf um die Staatsmacht führen werden. Doch es muß schon heute — wenn auch nur propagandistisch — aufgezeigt werden, mit welcher Perspektive der Kampf gegen Fahrpreiserhöhungen durch revolutionäre Antworten aus der kapitalistischen Ordnung herausgeführt werden kann.

Andererseits wird selbst der mächtigste Generalstreik nicht die proletarische Revolution vorbereiten, wenn die Massen keine revolutionäre Führung besitzen. Auch deshalb und gerade deshalb müssen Teilkämpfe (gegen Fahrpreiserhöhungen, gegen den §218) dazu benutzt werden, dieses revolutionäre Übergangsprogramm zu konkretisieren und die fortgeschrittensten Elemente der Arbeiterbewegung um ein solches Programm zu sammeln. ■

RAF-Prozeß und Auflösung des Erwitter Betriebsrates:

Der bürgerliche Staat baut demokratische Rechte ab

30. August - Selbst bürgerlichen Journalisten ist inzwischen klar geworden: Der Kampf gegen die vier Genossen der RAF, Baader, Ensslin, Meinhof und Raspe, ist kein „faires" Gerichtsverfahren, sondern ein politischer Schauprozeß. „Faire" Prozesse gibt es im Kapitalismus, in der Diktatur der Bourgeoisie, allenthalben bei abendlichen Kriminalfilmen. Es konnte von ' Anfang an keinen Zweifel geben, daß der Prozeß gegen die RAF, den sich der Staat der Bourgeoisie vom Festungsbau in Stuttgart-Stammheim bis zu den sonstigen „Sicherheitsvorkehrungen" gegen die Angeklagten schon Millionen hat kosten lassen, ein Präzedenzverfahren gegen die gesamte Linke und Arbeiterbewegung wird.

Alle reformistischen Forderungen, wie die „Wahl der Richter durch das Volk", die der KBW — wenngleich eine Perle in seinem demokratischen Programm — angesichts des Stuttgarter Schauprozesses peinlichst verschweigt, können gegen diesen Prozeß nicht ankommen. Selbstverständlich: Kommunisten setzen sich für die demokratischen Rechte der Gefangenen ein, für das Recht auf medizinische Versorgung durch Ärzte ihres Vertrauens, für die Aufhebung der Isolationsfolter usw. (siehe dazu: *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 8, April 1975). Aber im Gegensatz zu allen reformistischen Maostalinisten — egal welcher Organisation — werden wir Kommunisten nicht bei den demokratischen Forderungen stehengeblieben und schon gar — wie es der KBW tut — in den Bedenken bürgerlicher Journalisten über die Rechtmäßigkeit des Schauprozesses einen „Erfolg" für die Linke buchen.

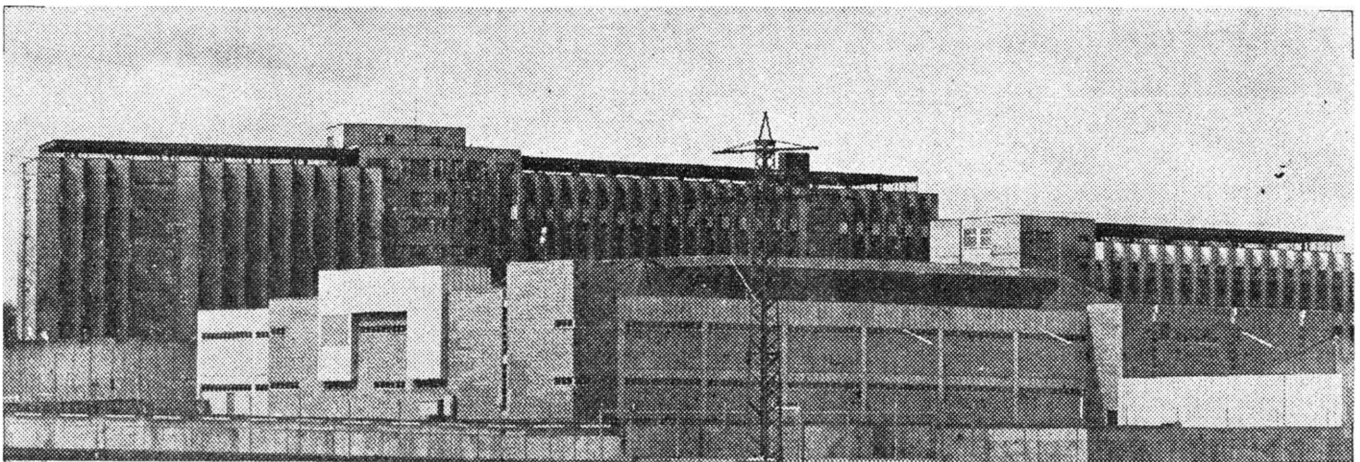
Mit der Kommunistischen Internationale, die für die Befreiung von Max Hölz, Sacco und Vanzetti und Tom Mooney kämpfte, wissen wir uns einig in der Solidarität mit den Genossen der RAF vor den Vernichtungsschlägen des bürgerlichen Staatsapparates. Aus Verzweiflung sind die Genossen den falschen Weg der Strategie des individuellen Terrors gegangen. Aber ihre Taten entsprangen dem Haß gegen die Bourgeoisie, dem Haß gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Wir teilen nicht den Weg der Genossen der RAF, aber wir stehen mit ihnen auf der gleichen Seite der Klassenbarriere.

Gegen diesen Klassenprozeß können unsere Forderungen nur lauten:

— **Freiheit für die Genossen der RAF!**
— **Für die Mobilisierung der Arbeiterbewegung zur Befreiung aller gefangenen Genossen!**
— **Zerschlagt das bürgerliche Gefängniswesen!**
— **Für proletarische Klassenjustiz!**
— **Für eine Regierung der Arbeiterklasse!**

Die Trotzkistische Liga Deutschlands hatte zur Bildung von Einheitsfrontkomitees aufgerufen: zur Verteidigung der Forderungen der Hunger- und Durststreiks. Einheitliche Aktionen in einer breiten Solidaritätsfront mit den Opfern der Klassenjustiz sind noch immer dringend notwendig. Nur der Massenkampf, nur die Mobilisierung der Arbeiterbewegung kann die Befreiung der gefangenen Genossen erzielen. Die Einheitsfrontaktion, die versucht, weite Teile der proletarischen Massenorganisationen zu erreichen, darf nicht am Sektierertum einzelner Organisationen scheitern. Alles Gerede darüber, daß jetzt der Sinn des RAF-Prozesses klar geworden ist, wird sonst leeres Geschwätz.

Vom Stuttgarter Prozeß können nicht die Angriffe auf die demokratischen Rechte und die Tendenzen zum „starken Staat" getrennt werden. Die angeklagten RAF-Genossen haben diesen Zusammenhang bisher nicht gesehen und ihre Verteidigung in die Perspektive eingeordnet, das bürgerliche Gericht als Tribüne für den Kampf gegen die bürgerliche Klassenherrschaft zu benutzen. Doch wir wissen, welche Schwierigkeiten die bürgerliche Klassenjustiz den Genossen der RAF bereitet, sich politisch zu verteidigen. Die Genossen befinden sich nach einer mehr als dreijährigen Isolationshaft am Rande völliger physischer Erschöpfung; sie haben keine Gelegenheit, „zur Sache" zu sprechen, bei allen politischen Aussagen wird ihnen das Wort entzogen, ja, sie werden wegen politischer Meinungsäußerung selbst vom Prozeß ausgeschlossen! Publikationsorgane kommen wegen Interviews mit den Angeklagten in Mißkredit. Den Gefangenen ist jeglicher direkter



Zwingburg Stammheim: Speziell für den RAF-Prozeß errichtet.



Gaseinsatz gegen RAF-Solidaritäts-aktion in Berlin

Kontakt untereinander verboten. Volle Meinungsfreiheit — das gibt es nur für die Schergen des bürgerlichen Staatsapparates, für die Lakaien der herrschenden Klasse. Während den Genossen der RAF nicht nur der freie Schriftverkehr, sondern auch jeder mündliche unüberwachte Kontakt untersagt wird (selbst der zu ihren Verteidigern), läßt der bürgerliche Staat die gewählten Verteidiger der Angeklagten ausschalten und versucht, sie zu kriminalisieren. Er durchsucht und raubt Verteidigungsakten. Dem neuen Verteidiger Baaders wurde nicht einmal genügend Zeit zugebilligt, sich in die Anklageakten einzulesen, da „das Interesse Baaders nicht schutzwürdig" sei! Er erklärt damit offen, was eigentlich erst bewiesen werden sollte: Die „Baader-Meinhof-Bande" sei eine kriminelle terroristische Vereinigung und Staatsfeind Nummer eins.

Während das Stuttgarter Klassengericht in Demagogie schwelgt und den angeklagten RAF-Genossen 54 Tötungsversuche vorwirft (d.h. Fälle, in denen die Möglichkeit bestanden haben *könnte,* daß Menschen getötet *hätten werden können),* ließ es die Genossen während des Verlesens der Anklage durch Bundesanwalt Wunder ausschließen. Als am 2. Tag der Anklage Verlesung die Rechtsanwälte aus Protest den Gerichtssaal verließen, überlegte die Bundesanwaltschaft, ob man die Anwälte, die „ihre Pflicht nicht ernst nehmen", nicht doch „entpflichten" sollte. Als „blanke Spinnerei" bezeichnete das Gericht den Vorwurf Schilys, daß die RAF-Genossen durch die Aussage führender Politiker, wie Bundeskanzler Schmidt, „schon vor Prozeßbeginn verurteilt" worden seien und auch die Vollstreckung des Urteils schon vorprogrammiert sei. So sei in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal ein Isolationstrakt mit acht Spezialzellen in Tresorbauweise fertiggestellt worden. Das baden-württembergische Justizministerium stellte klar: Diese Zeilen seien allgemein zur „Absonderung besonders gefährlicher und aggressiver Gefangener wie auch von Rädelsführern und ‚Drahtziehern von Unruhen'" *{Frankfurter Rundschau,* 29. August) gebaut worden. Eben! Dieser Prozeß ist Ausdruck für die Angriffe auf die Arbeiterbewegung insgesamt, die mit ihm vorbereitet werden. Wie lange wird es noch dauern, bis „Drahtzieher von Unruhen" ein Begriff wird, der auch militante Streikkämpfer und Arbeiterführer umfaßt?

Die reaktionäre und „unabhängige" Presse sieht in dem Anschlag auf die deutsche Botschaft in Stockholm einen erneuten Beweis für die Notwendigkeit besonderer Sicherheitsmaßnahmen gegen die „drohende Gefahr" durch die eingekerkerten RAF-Genossen. Aber kaum ein Wort findet sich gegen den Mord an Katharina Hammerschmidt und an Siegfried Hausner. Die „eiskalte Mörderbande" - so die Boulevardpresse — ist zu gefährlich, um durch Ärzte des Vertrauens die Verhandlungsfähigkeit der RAF-Genossen untersuchen zu lassen.

Die Ausschaltung des holländischen Psychiaters Jeuns von der Untersuchung mit der Begründung, er spreche sich gegen die Isolationshaft aus und könne folglich nicht „unbefangen" entscheiden, zeigt allzu deutlich, was das Ergebnis der „Untersuchung" sein soll. „Unbefangen" ist in diesem Prozeß nach Aussagen des Gerichts nur Richter Prinzing!

Eine rechtsstaatlich betrachtet peinliche Situation entstand für die willigen Klassengerichtsdiener, als sie gar zu eifrig entschieden, daß Recht sei, was noch nicht Gesetz ist! So mußten sie sich von der Bundesregierung belehren lassen, daß ein Gesetz, das die Ausscheidung eines Verteidigers für einen Angeklagten automatisch seine Ausscheidung für alle Mitangeklagten bewirke, erst vorbereitet werde. Gegen dieses „formalistische" Vorgehen der Bundesregierung wandte sich nun der Erste Strafsenat und entschied, Recht sei, was dem Prozeß nütze!! Ströbele blieb also für alle Angeklagten ausgeschlossen!

Inzwischen mußte der verhaftete Anwalt Ströbele aber wieder aus der Haft entlassen werden. Da er mit einer Westberliner Gesamtschullehrerin verheiratet sei und eine Eigentumswohnung besitze (!), sei er nicht besonders anfällig für anarchistische Tendenzen!! Vorher hatte man noch gehört: „Ströbele bezeichnet sich als *sozialistischer Anwalt* und *hat damit* (!!) *zu erkennen gegeben,* daß er sich einer *kriminellen Vereinigung* angeschlossen hat" (aus dem Haftbefehl — unsere Hervorhebung)!! Ausgeschlossen von der Verteidigung bleibt er aber weiterhin, trotz der rechtlich notwendigen Haftentlassung. Gegen den auch in den letzten Wochen freigelassenen Anwalt Croissant, der „ebenfalls teilweise auf Weisung der zum Kern der Bande gehörenden Mitglieder in einer Vielzahl öffentlicher Veranstaltungen, Pressemitteilungen und durch ähnliche Aktionen in und außerhalb der Bundesrepublik Deutschlands internationales Interesse an den Mitgliedern der kriminellen Vereinigung und ihren angeblichen politischen Zielen zu wecken suchte", wird immer noch politische Hetze betrieben. Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft legte Beschwerde dagegen ein, Anwalt Croissant gegen eine Kaution von 80 000 DM zu entlassen. Die Meldeauflage und die Abgabe der Ausweispapiere des Anwalts würden dessen Fluchtgefahr nicht mildern.

Diese Angriffe auf die Anwälte der RAF-Genossen sind eine deutliche Sprache— Ein bloßes Bekenntnis zum Sozialismus wird von den Rechtshütern schon als „kriminelle" Tat betrachtet und verfolgt; sie sehnen sich ebenfalls danach, jegliche Aufklärungstätigkeit über den bürgerlichen Klassencharakter ihrer Rechtsprechung selbst gerichtlich zu unterbinden.

Innere Sicherheit für das Kapital...

Nachdem das Klima ausreichend angeheizt ist, um den Kampf aller aufrechten Demokraten gegen Anarchisten, Bomben, Flugblätter und Negerküsse zu führen, berät die Bourgeoisie eine Reihe von Gesetzen „zur inneren Sicherheit" - gegen die erstarkende Arbeiterbewegung.

Die angestrebten und zum Teil schon eingeführten „Reformen" sind, wie wir in der *Kommunistischen Korrespondenz* Nr. 8, April 1975, schon ausgeführt haben, kein Beleg für die „schleichende Faschisierung" der BRD, wie der KB meint. Sie gehören ebenso wie die Notstandsgesetzgebung zum Instrumentarium der Diktatur der Bourgeoisie, das sich durchaus noch in die bürgerliche Demokratie einpaßt.

Allerdings signalisieren diese Gesetze eine neue Taktik der Bourgeoisie gegenüber den Unterdrückten und ihrer Befreiungsbewegung. Nicht mehr nur durch individuelle Selektionsmaßnahmen gegen Linke, wie Berufsverbote, will der bürgerliche Staat die Bewegung im Keime ersticken; er schafft sich gegenwärtig weitreichende Mittel, mit denen er einen Frontalangriff auf die Linke starten kann. Die Gesetze, die heute zur „inneren Sicherheit" vorbereitet werden, stellen einen verfeinerten Ausbau der Notstandsgesetzgebung dar, die sich nicht bloß gegen einzelne Linke richtet, sondern gegen die Arbeiterbewegung insgesamt.

Unmittelbar im Zusammenhang mit dem RAF-Prozeß sind folgende Maßnahmen getroffen worden: Der Verkehr zwischen Verteidiger und Angeklagten kann künftig überwacht werden. Die Einführung eines „Kronzeugen", der Haftverschonung oder Hafterleichterung bekommt, dient der Urteilsmanipulation. Der „Todesschuß" ist legal schon „bei Gefahr für Leib (!) und Leben". Künftig werden wegen „Unterstützung krimineller Vereinigungen" Verwandte und Angehörige von Angeklagten straffällig, die Informationen für sich behalten. Überfälle auf Anwaltsbüros und Beschlagnahmungen von Prozeßakten - wie beim RAF-Prozeß - werden Schule machen. Die Propagierung von Gewalt soll ebenso wie die „Billigung von Straftaten" strafbar werden, was sowohl eine revolutionäre Propaganda als auch jede Solidarität mit Opfern der bürgerlichen Gewalt unterbinden soll.

Die Bundesregierung ist wahrhaft eine Regierung der Reformen - der Reformen im Interesse der Kapitalistenherrschaft. Diese Reformen sind jedoch der CDU/CSU und den von ihr regierten Bundesländern noch „zu weich". Ihr „Maßnahmen-Programm zur Bekämpfung des Terrorismus" und die Gesetzentwürfe aus Bayern und Baden-Württemberg gehen weit darüber hinaus. Alle Einschränkungen bei Wohnungsdurchsuchungen sollen künftig wegfallen. Das Versammlungsrecht soll weiter eingeschränkt werden. „Aufrufe zur Gewaltanwendung" sollen als „versuchte Straftat" verfolgt werden usw. Anfang August dieses Jahres brachte die CDU/CSU eine

Anfrage über die Verfassungsmäßigkeit der DKP ein; den KPI-Ausländerverein unter italienischen Arbeitern in Westdeutschland sieht sie lieber heute als morgen illegalisiert.

...gegen die Arbeiterklasse

Seit der Auflösung des Betriebsrates von Erwitte durch das Paderborner Arbeitsgericht, weil die vom Betriebsrat unterstützte Betriebsbesetzung „in grober Weise gegen gesetzliche Pflichten verstoßen“ habe, sollte jedem klar sein, gegen wen sich der Katalog von Maßnahmen zum Abbau demokratischer Errungenschaften richtet. Zwar hat bislang die neue Spezialtruppe der Polizei „Abteilung Terror“ „nur“ Rechtsanwaltsbüros durchsucht, das Frankfurter Frauenzentrum nach (illegalen) Abtreibungsadressen durchkämmt; aber es sollte klar sein: diese Truppe wird vor Gewerkschaftsbüros nicht halt machen, wenn es die „Sicherheit“ der Kapitalisten erfordert. Nichtsdestoweniger hat sich die Gewerkschaftsbürokratie bisher als getreuer Lakai des bürgerlichen Staates verhalten. Alle Gesetze, die dem Abbau demokratischer Rechte dienten, hat sie entweder sogar begrüßt oder aber stillhaltend toleriert. Sie verwehrte jede aktive Solidarität für den Kampf bei Erwitte, sie legalisierte die Streiks nicht, sie kämpfte nicht gegen die Auflösung des Betriebsrates, obwohl der Eingriff des Arbeitsgerichts einen unerhörten Angriff auf die Autonomie der Arbeiterorganisationen darstellt. Die Gewerkschaftsbürokratie steht beim Kampf gegen die „Berufsverbote“ im Regelfall auf seiten des bürgerlichen Staates; so ist es ihre bewährte Praxis, „radikale“ Kollegen, die vom Verbot betroffen sind, zusätzlich noch aus der Gewerkschaft auszuschließen. Unvereinbarkeitsbeschlüsse und das Fraktionsverbot für oppositionelle Tendenzen und Kommunisten legen weiteres Zeugnis ab für die spalterische Tätigkeit der Gewerkschaftsbürokratie.

Im Berliner *Tagesspiegel* konnte man erst kürzlich einen haarsträubenden Fall von Klassenzusammenarbeit lesen. Die Berliner Polizei plant den Einsatz des Giftstoffes „Chemical Mace“, den Frankfurter Kämpfer gegen die Fahrpreiserhöhungen im Nahverkehr aus eigenem Erleben als „chemische Keule“ kennen. Wir lesen: „Die ÖTV erklärte dazu, sie habe volles Verständnis, wenn Polizisten ‚bereits jetzt gegen Krawallmacher und Randalierer Chemical Mace einsetzten.[4]“ Diese Gewerkschaftsbürokratie, durch und durch sozialdemokratisch und dem bürgerlichen Staat auf Gedeih und Verderb verpflichtet, wird niemals — trotz ihres Anspruchs, Einheitsgewerkschaft zu sein - einen Kampf für eine geschlossene Abwehrfront der Arbeiterbewegung gegen die staatlichen Repressionsmaßnahmen führen können. Erst eine revolutionäre Klassenführung, die auch im gewerkschaftlichen Kampf herausgebildet werden muß, die unabhängig von allen bürgerlichen und reformistischen Ideologien ist, wird die Gewerkschaftsmitglieder in eine einheitliche Kampffront gegen das Kapital und seinen Staat führen können.

Aber auch die reformistischen und zentristischen Organisationen haben nicht den Zusammenhang der unterschiedlichsten Repressionsmaßnahmen des bürgerlichen Staates gegen die radikale Linke und Arbeiterbewegung erkannt. Trotz des oft vorhandenen Geredes über den Kampf gegen die staatliche Repression (Vorreiter sind hier erwartungsgemäß GIM und Spartacusbund, die - wie nicht anders zu erwarten — auch liier eine gemeinsame Propagandafront statt eine Aktionseinheit anstreben) hat keine dieser Organisationen die gemeinsame breite Demonstration (in Berlin) gegen die Berufsverbote genutzt, um diesen engen Rahmen zu sprengen und diesen Kampf einzuordnen in die Abwehr der Angriffe des bürgerlichen Staates auf die demokratischen Rechte der Arbeiterbewegung insgesamt.

Für eine Einheitsfront zur Verteidigung der demokratischen Rechte der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen!

Die Forderungen einer solchen Aktionseinheit müssen sein:

– Freiheit für alle gefangenen Genossen!
– Weg mit den Notstandsgesetzen! Weg mit dem Bundesgrenzschutz und den Mobilen Einsatz-Kommandos!
– Weg mit allen Gesetzen der „inneren Sicherheit“ der Bourgeoisie!
– Kampf dem KPD-Verbot! Kampf dem Verbot ausländischer linker Gruppen!
– Weg mit den Berufsverboten!

Keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der Gewerkschaft!

Wir halten es für falsch, faule Propagandablöcke gegen den Polizeiterror oder die staatliche Repression als Aktionseinheit anzupreisen. Wir fordern konkrete gemeinsame Verteidigungsaktionen, gemeinsame Massenkundgebungen usw. Der Kampf gegen den bürgerlichen Staatsapparat generell ist der Kampf für dessen Zerschlagung, für die Eroberung der proletarischen Staatsmacht ; diese Perspektive können wir gegenwärtig nicht zur Grundlage der Aktionseinheit machen. Die Aktionseinheit muß am Verteidigungskampf gegen die Offensive des Kapitalistenstaates anknüpfen; sie muß danach streben, die organisierte Massenbewegung des Proletariats in den gemeinsamen Kampf zu integrieren. In diesen Kampf werden wir unsere weitergehende Perspektive für den Sturz der Diktatur der Bourgeoisie und die Herrschaft der Arbeiterklasse hineintragen.

Polizei raus aus dem DGB!
Für den Aufbau von Selbstverteidigungsorganisationen der Arbeiterklasse!
Für den Aufbau von Arbeitermilizen!
Für eine Regierung der Arbeiterklasse!

Argentinien

Fortsetzung von Seite 20

einen gemäßigten Peronisten, in den freien Posten des Senatspräsidenten. Dies war ein offensichtlicher Schlag gegen Isabel Peron, da Luders neuer Posten ihn für die Nachfolge an erste Stelle setzt, falls der Präsidentenposten frei wird. Als Antwort auf Perons Forderung, daß die Generäle ihre Befehle durchsetzen sollten, fielen auch diese in den Ruf nach dem Hinauswurf Lopez Regas, der „Macht hinter dem Thron", ein.

Am 27. Juni, als die CGT zu einem Generalstreik gegen die Lohnreduzierung aufrief, begannen sich lawinenartig wilde Streiks und Demonstrationen als Ausdruck der Unzufriedenheit zu verbreiten. Unter den militantesten Arbeitern befanden sich die Metall-, Auto-, Bau- und Textilarbeiter. Selbst als sie den Streik ankündigten, riefen die konservativen peronistischen Gewerkschaftsführer zu einer Demonstration zur Unterstützung der Präsidentin auf dem Plaza de Mayo von Buenos Aires auf. Aber die lauwarmen Hochrufe für Isabel wurden von Flüchen über Lopez Rega übertönt. Der ehemalige Polizeifeldwebel, der behauptet, zusammen mit dem Erzengel Gabriel ein Buch geschrieben zu gaben, ist so allgemein verhaßt, daß letzten Monat Zuschauer ein Fußballspiel stoppten, um zu rufen: „Lopez Rega, Lopez Rega — Hexenmeister, Hexenmeister, Hurensohn!"

Trotz der zahlreichen Kabinettsrücktritte am 7. Juli dauerte der Arbeiterprotest 38 Stunden an und war der massivste seit Jahren, der den Verkehr, die Geschäftstätigkeit und die meisten Bereiche des öffentlichen Dienstes zum Erliegen brachte. Zwei Tage später wurde ein neues Kabinett verkündet, aber obwohl Lopez Rega nicht mehr vertreten war, bestand es fast ausschließlich aus seinen Anhängern. Nachdem die Gewerkschaften und das Militär Frau Perón ein faktisches Ultimatum gestellt hatten, zog Lopez Rega endgültig aus der Residenz der Präsidentin aus und flog nach Madrid.

Bürgerlicher Populismus

Der Hinauswurf von Frau Perons Rasputin wurde allgemein als Sieg für die argentinischen Arbeiter angesehen. Weit bedeutsamer jedoch war der Bruch, der sich zwischen der Arbeiterbewegung und den führenden Köpfen der peronistischen



Juan Domingo Peron.

Regierung ergeben hatte. Viele bürgerliche Kommentatoren haben fälschlicherweise den Peronismus mit der britischen Labour Party gleichgesetzt. So schreibt der erzkonservative *Economist* (12. Juli): „Nehmen sie zur Kenntnis, Herr Wilson... Argentinien ist ein warnendes Beispiel dafür, was passieren kann, wenn eine Regierung am Rockschoß der Gewerkschaftsbewegung eines Landes zur Macht kommt und dann die Kontrolle über den Träger des Rockes verliert."

Dieser Vergleich verschleiert den entscheidenden Unterschied: der Peronismus ist eine *bürgerliche* politische Formation, die durchaus in der Lage ist, die Gewerkschaften zu zerschlagen, während die Labour Party ein Teil der Arbeiterbewegung ist. Unter den gegenwärtigen Bedingungen in Argentinien, wo die Gewerkschaften an eine kapitalistische Partei gebunden sind, ist es gerade die zentrale Aufgabe von Revolutionären, den Kampf für den Bruch mit dem Peronismus und den Aufbau einer Arbeiterpartei, gestützt auf die Gewerkschaften, für eine Arbeiterregierung zu führen.

Die Konfrontation zwischen Gewerkschaften und Regierung im letzten Monat bot eine beispiellose Möglichkeit für den Kampf um den politischen Bruch der Arbeitermassenorganisationen mit der Bourgeoisie, als Teil des Kampfes um den Hinauswurf der verräterischen prokapitalistischen peronistischen Bürokraten, die für die Machtergreifung des bestehenden mörderischen und arbeiterfeindlichen Regimes verantwortlich sind. Besorgt über den Druck der aufgebrachten Basis bemühten sich die CGT-Spitzen, sich als militante Beschützer des Lebensstandards ihrer Mitglieder auszugeben.

Der Schlüssel zu Juan Perons ursprünglichem Erfolg bei der Konsolidierung einer Basis in der argentinischen Arbeiterschaft in den 40er Jahren war die Schaffung einer gewaltigen Gewerkschaftsbürokratie und seine Maßnahmen zur Erreichung eines bescheidenen Lohnzuwachses und einiger sozialer Wohlfahrtsmaßnahmen. Als Gegenleistung diente er der herrschenden Klasse bestens, indem er eifrig alle unabhängigen Organisationen der Arbeiter zerschlug. Aber dies basierte auf Argentiniens Devisenakkumulation während des zweiten Weltkriegs. Bereits in den fünfziger Jahren waren die



Isabel Peron mit Lopez Rega und Generälen.

Finanzmittel verbraucht und der „Wohltäter" zerschlug die Streiks von CGT-Gewerkschaften. Und als er 1973 zurückkehrte, tat er das mit einem Programm, das auf der ganzen Linie reaktionär war. Seine Aufgabe: die Militanz der Arbeiterklasse, die die Armee nach den Cordoba-Unruhen von 1969 nicht mehr im Zaun halten konnte, zu zerschlagen.

Streikwelle

Bis jetzt haben die kämpferischen Arbeiter solch eine entscheidende Niederlage noch nicht erlitten. Die *New York Times* (25. Juli) führte ein Indiz für die Stimmung während der jüngsten wilden Streiks an, als sie die Verhandlungen zwischen Arbeitern und einem nicht namentlich angeführten leitenden Manager einer Autofabrik beschrieb:

> „Die Spannung war so stark, daß er (der Manager) bewaffnete Leibwächter angeheuert hatte. Am Schlußtag der Verhandlungen hörte er Gewehrfeuer außerhalb des Gebäudes und sprang vom Verhandlungstisch auf. ‚Boss, wir haben gerade Ihren Wagen mit einem Maschinengewehr beschossen', sagte ihm der Gewerkschaftsvertreter. ‚Nun, warum unterschreiben Sie nicht?' ‚Ich unterschrieb alles, was sie mir vorlegten', entsinnt sich der Geschäftsmann."

Angesichts der Stimmung ihrer Mitglieder ist es leicht zu sehen, warum selbst die konservativsten CGT-Führer die Notwendigkeit sahen, sich in eine militante Positur zu setzen. Aber es bleibt reines Posieren, und kurz bevor sie den Generalstreik vom 7. Juli ausriefen, forderten die Gewerkschaftsführer die Arbeiter auf, „ruhig zu bleiben und Allianzen mit militanten Linken zu vermeiden" *(New York Times,* 1. Juli). Ein Führer der stärksten Gewerkschaft, der der Metallarbeiter (UOM), kommentierte: „Diese Arbeiter kann man noch auf die richtige Bahn lenken, aber wir müssen ihnen zeigen, daß ihre Führer kämpfen werden, um ihr Einkommen zu schützen."

Während der letzten zwei Jahre blieben die gleichen Führer zwecks Unterstützung des peronistischen Regimes in Lohnkämpfen völlig passiv, sabotierten oft Streiks und unterstützten Regierungseingriffe in lokalen Gewerkschaften. Ein klassischer Fall war der vor kurzem von 6000 Stahlarbeitern geführte Streik in Villa Constitucion, dem Zentrum von Argentiniens metallverarbeitender Schwerindustrie. Im November 1974 war eine Liste von Oppositionellen nach vierjährigem Kampf zur Beendigung der bürokratischen Intervention durch nationale UOM-Führer schließlich in die lokale Führung der Gewerkschaft gewählt worden. Als dann die Gewerkschaftsmilitanten von Villa Constitucion (200 von ihnen) im März von Peron verhaftet wurden, rührten die UOM-Führer keinen Finger, um sie zu verteidigen. Dennoch antworteten die Stahlarbeiter mit einem 100-prozentigen wilden Streik.

Zwar gibt es unabhängige militante lokale Gewerkschaftler in Argentinien, aber die Hauptsache besteht darin, mit der Bürokratie nicht nur auf der Ebene ökonomischer Militanz, sondern auch *politisch* zu brechen, indem man für die Unabhängigkeit der Arbeiterklasse von der arbeiterfeindlichen peronistischen Bewegung kämpft. Mit dem Peronismus an der Macht muß dieser Kampf ein elementarer Bestandteil *jeder* Arbeiteraktion sein, da die Massen vorbereitet werden müssen, der unausweichlichen Repression „ihrer" Regierung entgegenzutreten. Aber die vorgeblichen Sozialisten in Argentinien haben in dieser Hinsicht im großen und ganzen versagt; sie beschränken ihre Propaganda auf simplen Tradeunionismus, denn „das ist das Niveau, auf dem sich die Arbeiter befinden".

Pseudotrotzkisten

In dem Villa Constitucion-Streik war eine solche Tendenz, die Partido Socialista de los Trabajadores (PST — Sozialistische Arbeiterpartei) in einer hervorragenden Position, um diesen militanten und weithin populären Kampf zu beeinflussen, denn sie hatte zwei Mitglieder im gewählten Streikkomitee. Aber obwohl die PST behauptet, trotzkistisch zu sein, gelang es ihr nicht, irgend etwas auf die Beine zu stellen, das einer *politischen* Führung des Streiks ähnelte. In einem Artikel, der die Bilanz der Aktion (die am 19. Mai mit einer bitteren Niederlage endete, mit mehr als 500 gefeuerten Streikenden und

vielen, die immer noch im Gefängnis sitzen) zog, bestand die Kritik der PST an den Streikführern lediglich darin, daß diese nicht die Isolation von Villa Constitucion von den anderen Hochburgen der Arbeiterbewegung überwunden hätten, und daß sie nicht hart genug gegenüber den Guerilleros gewesen wären (*Intercontinental Press,* 9. Juni)!

(Während des Streiks wurde der Leiter einer der Fabriken von linken Guerilleros getötet; außerdem wurden zwei Polizeistationen angegriffen und eine gepanzerte Entlastungskolonne aus dem Hinterhalt überfallen. Diese stupide Aktion diente nur dazu, der „Rechtfertigung" der Regierung für die Verhaftung der lokalen Gewerkschaftsführer Glaubwürdigkeit zu verleihen: der vermuteten Existenz einer „terroristischen Verschwörung großen Ausmaßes“ im Industriegürtel nördlich von Buenos Aires. Während jedoch Marxisten kleinbürgerliche Guerilleros von einem revolutionären Standpunkt aus kritisieren, tat es die PST aus rein pazifistischer Motivation. Trotz der Besetzung des Gebiets durch Militär und Polizei und trotz der Notwendigkeit der Verteidigung der besetzten Fabriken rief sie nicht zur Bildung von Arbeitergarden zur Selbstverteidigung auf.)

Dieses „Weglassen“ einer Forderung nach einem *politischen Bruch* der organisierten Arbeiterbewegung mit dem Peronismus im Kontext des Streiks war kein Zufall. Die PST und ihre Vorgänger haben wiederholt vor dem Peronismus in jeder nur denkbaren Weise kapituliert. In den späten 50er und frühen 60er Jahren publizierte Nahuel Moreno, der „Theoretiker“ der PST, ein Magazin unter der Leitung von General Peron und dem peronistischen Oberkommando. 1972 bot die PST an, für die peronistische FREJULI zu stimmen, wenn 80 Prozent der Kandidaten Arbeiter wären. Letztes Jahr gingen die reformistischen Sozialdemokraten, die sich als Trotzkisten ausgeben, sogar noch weiter, als sie in einer gemeinsamen Erklärung mit bürgerlichen Parteien gelobten, „in allen Instanzen“ den „institutionellen Prozeß“ zu unterstützen und später nachdrücklich erklärten, „für die Kontinuität dieser Regierung“ zu kämpfen (vgl. „Death Squadrons Murder Argentine Leftists“, *Workers Vanguard* Nr. 57, 22, November 1974 und „PST auf frischer Tat ertappt“, *Spartacist,* Deutsche Ausgabe Nr. 2, Herbst 1974).

Die PST vermeidet es hartnäckig, die Gewerkschaften zum Bruch mit dem bürgerlichen Populismus und zur Bildung einer Arbeiterpartei aufzurufen. In der Vergangenheit hat die Moreno-Gruppe gelegentlich von einer Arbeiterpartei, gestützt auf die Gewerkschaften, gesprochen - aber nur als die Peronisten gerade eine arbeiterfreundliche Maske zur Schau trugen. In einem Rückblick auf ihre Geschichte (Ernesto Gonzalez, „Qu6 es y que fue el peronismo“, *Revista de America,* Mai-Juni 1971) schreiben sie von der Partido Laborista (Arbeiterpartei) 1945 als „der besten Möglichkeit, die die Arbeiter hatten, um sich selbst unabhängig zu organisieren“. Und in einem Kommentar über die Partido Obrero (Arbeiterpartei) des CGT-Führers Vandor im Jahre 1966 sagt Gonzalez: „Was wir taten, war seinen Bruch mit der bürgerlichen Führung mit der Perspektive der Wiederholung der Erfahrung der Arbeiterpartei zu unterstützen“. Anderswo, in einem Bericht über die PSRN (Sozialistische Partei der nationalen Revolution), einer properonistischen Partei, die 1954 von abgesplitterten Sozialdemokraten gegründet wurde, und deren Sektion in Buenos Aires von Moreno kontrolliert wurde, kommentierten sie, daß das Ziel ihres Beitrittes die Schaffung einer „legalen zentristischen politischen Organisation der Linken“ war, die „das Gegenteil einer proletarischen bolschewistischen Organisation“ sein würde (Nahuel Moreno, „1954, aho clave del peronismo“).

Für Trotzkisten ist die Forderung nach einer Arbeiterpartei gestützt auf die Gewerkschaften *nicht* die Forderung nach einer zentristischen oder reformistischen Partei; wir kämpfen beharrlich für das revolutionäre Programm, das *jede* Arbeiterpartei erheben muß, wenn sie die Interessen des Proletariats verteidigen soll. Bezüglich der Partido Laboral hoben wir hervor (in „Argentina: The Struggle Against Peronism“, *Workers Vanguard* Nr. 23, 6. Juli 1973), daß sie „einfach ein Wahlinstrument für Peron war“, das schnell in der peronistischen Partei verschwand. Schließlich stellte Vandors Partido Obrero keinen Bruch mit der Bourgeoisie dar, sondern ein Vehikel zur Unterstützung des Ongania-Militärputsches des gleichen Jahres.

Obwohl die Formen variieren, gibt es eine Konstante in der Politik dieser Pseudotrotzkisten, nämlich die Kapitulation vor bestehenden Irreführern. Es ist wahr, wie sie behaupten, daß militante Lohnkämpfe einen Keil zwischen die Basis und die Gewerkschaftsführung treiben können; sie können auch die Bürokraten nach links treiben, einem Konflikt mit ihren kapitalistischen Herren entgegen. Der kürzliche Streit zwischen der CGT und Frau Peron hat dies deutlich demonstriert. Aber hauptsächlich beweist dies, daß ohne einen beharrlichen Kampf für einen Bruch mit dem bürgerlichen Populismus solch eine Spaltung folgenlos vorübergeht und eine gewaltige Chance, die peronistische Bewegung zu zerstören, verloren geht. Wenn heute CGT-Führer in der Lage sind, den peronistischen Führern Loyalität zu schwören und trotzdem an der Spitze der Gewerkschaften zu bleiben, dann liegt ein guter Teil der Verantwortung bei denen, die wie Moreno & Co darin versagt haben, diese Politik der Klassenkollaboration in der Vergangenheit zu bekämpfen. ■

Kommunistische Korrespondenz



Gefahr eines Militärputsches in Argentinien

Perón-Regime am Ende

Brecht mit dem Peronismus, für eine Arbeiterpartei!

Die wachsende ökonomische und politische Krise in Argentinien nahm in den letzten Wochen ein beschleunigtes Tempo an, so daß die Regierung vor einem Schlachtfeld und die Präsidentin Isabel Peron als bloße Galionsfigur am Rande eines physischen und geistigen Zusammenbruchs steht. Es würde ein harter Schlag für die internationale Arbeiterbewegung sein, wenn, laut weitverbreiteten Gerüchten, in den nächsten Wochen ein reaktionärer Militärputsch stattfände. Argentinien, mit dem größten Industrieproletariat Südamerikas und einer großen Anzahl linker politischer Flüchtlinge, ist das letzte Land auf dem Kontinent südlich von Kolumbien, das noch nicht unter militärischer Herrschaft steht.

Die zerbrechliche Witwe des Generals Juan Domingo Peron ist nicht durch ihr eigenes Verschulden bis jetzt an der Macht geblieben. Die argentinische Wirtschaft ist in einer derart katastrophalen Lage, daß es bisher sogar die Generäle und Admiräle vorgezogen haben, einer Machtübernahme auszuweichen. Gleichermaßen abschreckend ist die Militanz der argentinischen Arbeiterbewegung, die von den militärischen Verschwörern zerschlagen werden müßte. Nichtsdestotrotz fährt die internationale bürgerliche Presse fort, nach der Schaffung von Ruhe und Ordnung zu rufen und kommentiert (die Ereignisse in Argentinien) wie *Newsweek* (2L Juli): „Der Geruch einer toten Regierung liegt bereits in der Luft."

Möglicherweise erlebt Argentinien schon einen Putsch langsamer Gangart, und in jedem Fall, ob nun der Henker ein Peronist oder ein General ist, wird eine Tragödie mit den Ausmaßen der blutigen chilenischen Ereignisse vom September 1973 am Horizont sichtbar. Die argentinischen Linken jedoch, einschließlich der vorgeblichen „Trotzkisten", haben sich angesichts der Popularität des Peronismus unter den Massen jahrelang geweigert, eine revolutionäre Haltung einzunehmen. Sie haben gegenüber dieser bürgerlichen populistischen Strömung eine versöhnlerische Position eingenommen, anstatt ihre Anstrengungen darauf zu konzentrieren, die Arbeiterklasse vom politischen und ideologischen Würgegriff des „obersten Wohltäters der argentinischen Nation" zu befreien.

Generalstreik

Am 28. Juni wurde die Präsidentin Isabel Peron, drapiert mit dem Prestige der Nachfolge des „lider maximo", aktiv, um von den argentinischen Arbeitern den Preis für die Verhütung des finanziellen Bankrotts der Regierung zu erzwingen. Die peronistischen Arbeiterführer denunzierend, befahl sie die Rücknahme der Lohnerhöhungen, die kürzlich in Verhandlungen durch die 3 000 000-starke CGT (Allgemeine Föderation der Arbeit) erreicht wurden. Als die Abwertung der Währung um 50% bekannt wurde, nahm die bereits wütende Inflation des Landes in wenigen Tagen seuchenartige Ausmaße an. Im letzten Jahr stiegen die Preise um 100% und im Zeitraum bloß des Monats Juni schössen sie um 49,9% empor, so daß es nur eine Sache von Wochen ist, bis die Lohnerhöhungen von 80-130% verronnen sein werden.

Aber das kümmert die Regierung und die schwindende Anzahl ihrer Apologeten, hauptsächlich Anhänger des reaktionären „starken Mannes" Jose Lopez Rega, nicht. Die Inflation, die fallende Produktion, einen unkontrollierbaren schwarzen Markt und Guerillaaktivitäten als Zeichen der Krise anführend, schlug Frau Peron ihre Hand während einer erregten Fernsehrede auf das Pult und erinnerte die Arbeiter daran, daß sie ihrem verstorbenen Ehemann versprochen hätten, Opfer zu bringen, um der Nation zu helfen. „Die einzig mögliche Lösung ist die Durchführung eines fairen und gesunden Sparprogramms, und soviel wie möglich zu produzieren, als ob wir in einem Kriegszustand wären" *(New York Times,* 29. Juni).

Unnötig zu sagen, es existiert bereits ein Kriegszustand — gegenüber der Arbeiterklasse. Ihr „faires und gesundes Sparprogramm" beinhaltet Maßnahmen wie die Aufhebung der Preiskontrolle, das Einfrieren der Löhne, massive Abwertung des Peso und die Verdreifachung des Ölpreises. Multinationale Konzerne, einst das Ziel von Regierungskritik, wurden von Frau Peron als ein Schlüssel zur Wiederbelebung der nationalen Wirtschaft gepriesen. In zunehmendem Maße wird auch über die Reprivatisierung der staatlichen Industrie gesprochen

Kurz nach der Rede der Präsidentin trat der Arbeitsminister Ricardo Otero zurück und führende peronistische Senatoren kündigten ihre Unterstützung für die Forderungen der CGT an, die unter anderem die Entlassung von Lopez Rega (Minister für soziale Wohlfahrt und seit zehn Jahren Frau Perons persönlicher Sekretär und seelischer Berater) beinhalten. Dieser praktizierende Astrologe und Führer eines faschistischen Flügels der peronistischen Bewegung wurde in der Presse für die Todesschwadronen der Argentinischen Antikommunistischen Allianz (AAA) verantwortlich gemacht, die im letzten Jahr Hunderte von Linken, militanten Arbeitern und politischen Dissidenten ermordet haben.

Die peronistischen Senatoren (denen sich Mitglieder der Hauptoppositionsparteien anschlössen) wählten Italo Luder,

Fortsetzung auf Seite 17